

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

NUR
Radel
Renner
Siegler
Sindermann
Glatzer, Helene
Mätzig
Kauhar

LISTEN

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Welt / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genosse

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum ... Familien ...

5. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 18. April 1929 Nummer 90

Litwinow durchkreuzt die Lotschweigertaktik

Entschlossenes Auftreten des Sowjetvertreters in Genf

Hermann Fleißners Wahlchmerzen

Von Rudolf Renner

In der gestrigen Volkszeitung ergreift Hermann Fleißner, Sachverständiger ehemaliger Kultusminister, die Feder und richtet sie gegen die Kommunisten. Natürlich mit besonderer Wucht den Kommunisten. Bums — sind wir wieder einmal tot. Kommt Fleißner! Ob es ihm viel Mühe gekostet hat, sein Artfickeln zu brauen? Beschäftigen wir uns erst einmal mit seiner Attitude gegen die Kommunisten. Natürlich ist unsere Politik eine direkte Unterstüßung der sächsischen Reaktion durch die Kommunisten! Ganz selbstverständlich, Herr Fleißner, wir haben ja die Panzerkreuzer. Wir — nicht Herr Hilferding — bringen neue Massensteuern und machen den Kapitalisten Steuergehende. Wir — nicht Herr Hilferding — kürzen den Soziallohn um 43 Millionen RM. Wir — nicht Herr Wissell — kürzen den sächs. Textilarbeitern die 64-Std-Woche. So meinen Sie es doch, Herr Fleißner — oder wie? Glauben Sie, die Arbeiter kennen nicht die Taten ihrer Ministergenossen? Glauben Sie, die sächsischen Arbeiter wissen nicht, daß Jörgiebel die Demonstrationen am 1. Mai verbietet, daß Ihr Genosse Polizeipräsident schon so stark vom Koffoller befallen ist, daß er das Anpöbeln der Wasserportler in Berlin als Demonstration aufhalten ließ? Glauben Sie, werter Herr Fleißner, die Arbeiter hören nicht, daß Herr Severing sich anbot, mit dem Artikel 48, dem Belagerungszustand, zu regieren, und daß er jetzt effektiv 2 Milliarden für die Reparationslasten lassen sich schon aus dem deutschen Arbeiter herauspressen? Wohl unter dem von ihm angekündigten Belagerungszustand?

Sie muten den Arbeitern zuviel zu, Herr Fleißner, wenn Sie von den Arbeitern verlangen, Sie sollen den hahnbüchsen Mann, den Sie erzählen, ernst nehmen. Herr Fleißner ist böse auf die Kommunisten. Verständlich, sehr verständlich, nachdem die Kommunisten den reformistischen Arbeitervereinigungen in den Betrieben sehr stark zugelegt haben. Dann aber schüttet Herr Fleißner noch an einer anderen Stelle seine Schmerzen aus, die zeigt, wo er verwundet ist. Herr Fleißner ist nicht nur wütend, sondern zugleich auch väterlich. Er legt unsere Taktik, unsere Stellung zur sozialdemokratischen Regierung schade uns doch nur selbst; denn unsere Wähler, unsere Mitglieder werden uns nicht verstehen. Diese Sorge, die Herr Fleißner für uns entwickelt, rührt uns ja — jedoch unser Vorkamisch macht uns weniger Sorge, als Ihre Verteidigungsstellung Ihnen, Herr Fleißner. Berzettein Sie nicht Ihre werten Kräfte.

Fleißner ist empört, daß wir vorher schon die Parole ausgehen, daß wir jede sächsische Landesregierung bekämpfen. Herr Fleißner ist es natürlich absolut unverständlich, daß man den Arbeitern von Anfang an die Wahrheit sagt. Die SPD ist eben darauf eingestellt, im Wahlkampf die Wähler zu belügen und zu betrügen. Die Kommunisten, die nicht nach Ministerposten streben, sondern die die soziale Revolution vorwärts treiben, das Proletariat in den revolutionären Klassenkampf führen, treten offen mit ihrer Auffassung vor die Arbeiter. Ja, die Kommunisten sagen den Arbeitern: keine Regierung, die durch ein bürgerliches Parlament zustande gekommen ist, die im kapitalistischen Staat besteht, wird für die Interessen der Arbeiter wirken, sie wird die Interessen der Kapitalisten vertreten und — wie die sozialdemokratische Müller-Regierung — in der brutalsten Weise gegen die Arbeiter vorgehen. Auch eine Regierung Liebmanna — Graupe — Fleißner wird nicht anders handeln. Sie wird die Politik der sozialfaschistischen Heide-Regierung nur noch brutaler fortsetzen. Sie haben das ja im Jahre 1922 gezeigt, wo sie in Leipzig den brutalen Polizeiberfall auf die Arbeiter machten. Jetzt verflünden sie, im Rahmen der Verfassung, Forderungen für die Arbeiter durchzusetzen. Im Rahmen der Verfassung arbeiten Hermann Müller, Hilferding, Jörgiebel. Die Arbeiter begreifen sehr wohl, weshalb die Kommunisten den Regierungen der Sozialdemokraten den Kampf anlagen, und sie stehen bei den Kommunisten. Deshalb braucht Herr Fleißner sich keine Sorge zu machen, daß weniger Kommunisten und mehr Sozialdemokraten gewählt werden.

Dann aber verkündet Herr Fleißner: die Kommunisten hätten auch 1920 so getan, als ob sie dieselbe Taktik einschlagen wollten, die sie heute verfolgen. Dann hätten sie doch nahezu 3 Jahre zur Strecke gehalten. Heute aber liegen die Verhältnisse anders wie 1920. Damals war Sachsen der Brennpunkt der revolutionären Entwicklung, damals konnten die Kommunisten annehmen, mit ihrer Taktik die Revolution vorwärtszutreiben. Heute aber liegt der Brennpunkt der revolutionären Bewegung in Berlin, und an der Spitze der konterrevolutionären Bewegung steht, als Treiber des legalen Faschismus, der So-

Die Sitzung gesprengt!

Genf, 18. April. (Eigene Drahtmeldung.)

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Abrüstungskommission erwiderte Sowjetkommissar Litwinow auf die gegen die Sowjetpläne gemachten Einwendungen, alle dagegen vorgebrachten Argumente hätten ihn heute weniger überzeugt als vor einem Jahre, denn damals versprach die Kommission eine neue Anstrengung zu unternehmen, die aber nur eine abwartende Untätigkeit war. Die Kommission sei noch immer wie im vorigen Jahre weit davon entfernt, an die Hauptschwierigkeiten auch nur energisch heranzutreten. Wenn sie den Mut dazu nicht bald aufbringe, werde ihre Arbeit zu einem vollständigen Mißerfolg verurteilt sein. Selbst wenn er den Begriff der relativen Sicherheit anerkenne, so sei das alles kein Hindernis für eine teilweise und gleichmäßige Abrüstung. Eine teilweise Abrüstung könne die Sicherheit niemals in Frage stellen. Die größte Sicherheit bestehe in einer vollständigen Abrüstung.

Die Vertreter der imperialistischen Großmächte gerieten durch diese eindeutige Erklärung in nicht geringe Verlegenheit, insbesondere deshalb, weil das Umgehen jeder konkreten Stellungnahme nur durch die bisherigen „Arbeitsmethoden“ ermöglicht wird. Die Vertreter schlugen also die Taktik des Lotschweigens ein, und nachdem der Präsident mehrmals vergeblich die Aufforderung zur Wortmeldung hatte ergehen lassen, stellte er schließlich auf dem Fuß, daß augenscheinlich die Mehrheit an der bisherigen Arbeitsmethode festhalte, und damit die russischen Vorschläge als abgelehnt betrachtet werden könnten. Dieses plumpe Manöver wurde jedoch durch

das geschickte Auftreten des Genossen Litwinow

vereeitelt, der ironisch erklärte, daß bis jetzt keineswegs eine Stellungnahme der Delegierten erfolgt sei, und der deshalb vorschlug, stattdessen zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Delegation gezwungen sei, zu den vorliegenden Anträgen öffentlich Stellung zu nehmen. Der Präsident lehnte dieses scharf ab. Er schlug vielmehr vor, darüber abzustimmen, ob die Kommission die sowjetrussischen Vorschläge an Stelle des bisherigen Entwurfes als Grundlage der künftigen Arbeit annehmen wolle. Damit sollte eine sofortige Abwägung der russischen Vorschläge und ihre endgültige Ausschaltung vom weiteren Verlauf der Verhandlungen erreicht werden. Dies aber erklärte der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, nicht mitmachen zu können, da er die sowjetrussischen Vorschläge, ohne grundsätzlich den bisherigen Konventionentwurf abzulehnen, als wertvollen Beitrag betrachten müsse. Darauf-

hin forderte Genosse Litwinow eine Erklärung über folgende drei Punkte:

- 1. Ist die Kommission mit einer wesentlichen Herabsetzung und nicht nur mit einer Beschränkung der Rüstungen einverstanden?
- 2. Soll diese Herabsetzung der Rüstungen auf der Grundlage eines proportionalen Verhältnisses beruhen?
- 3. Ist die Kommission damit einverstanden, sofort den Koeffizienten für diese allgemeine, gleichmäßige Herabsetzung aufzustellen?

Durch diese geschickte Formulierung geriet die Kommission vollkommen aus dem Gleichgewicht, denn eine offene Ablehnung dieser Forderung würde ein Aufgeben des offiziell anerkannten Grundlages der Abrüstung bedeuten, andererseits jedoch würde eine Zustimmung gleich die Zustimmung zum sowjetrussischen Vorschlag bedingen. Das jedoch war für die imperialistischen Vertreter selbstverständlich unmöglich. In dieser Situation der allgemeinen Verwirrung wählte sich der Präsident nicht anders zu helfen als die Sitzung zu schließen und die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag zu verlagern. Der erste Vorstoß der Sowjetrussen hatte die Gesellschaft schon entlarvt.

Der englische Imperialismus enthüllt selbst den ganzen Schwindel

Keine englischen Vorschläge für eine Flottenabrüstungskonferenz

London, 17. April. (Telunion.) Chamberlain teilte am Mittwoch dem Unterhaus mit, daß die Regierung gegenwärtig nicht die Absicht habe, Verhandlungen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Japan über die Abänderung des Seerechtes einzuleiten. Ebenfalls erwäge die Regierung Vorschläge für die Einberufung einer neuen Flottenabrüstungskonferenz im Anschluß an die Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf. Beide Erklärungen können sich nach Lage der Dinge nur auf die Zeit bis zu den englischen Parlamentswahlen beziehen.

Dieser letzte Satz der Meldung ist charakteristisch genug, um besonderen Kommentar zu erfordern. Erst soll in den Parlamentswahlen das Volk eingeseift werden und dann kann man ja konkret sagen, was man eigentlich längst beschlossen hat ... Wie bei uns in Deutschland ...

zialdemokrat Jörgiebel. Ueber ihm als Treiber die Sozialdemokraten Großfink und Severing. Heute steht die Sozialdemokratie offen in der Front der sozialfaschistischen Bewegung. Jede andere Haltung der Kommunisten in Sachsen würde den Sozialdemokraten helfen ihre konterrevolutionäre Rolle zu verschleiern und ihr erneut den Nimbus einer proletarischen Partei verschaffen. Würden vor allem den verfolgten radikalen Phrasen solcher „Linken“, wie auch Hermann Fleißner einer ist, den Scheit der Wahrheit verleiern.

Das sächsische Metallarbeiterabkommen abgelehnt

Metallarbeiter, lehnt die Schlichtungsandrohung ab, beschließt den Kampf!

Das Verhandlungsergebnis für die sächsische Metallindustrie und den Arbeitgeberschutzverband wurde, nachdem die große Tarifkommission dazu Stellung genommen hatte, der Mitgliedschaft zur Stellungnahme unterbreitet. Nach eingehender Berichterstattung erfolgte in den einzelnen Verwaltungsstellen der beiden Tarifgebiete die Abstimmung. Mit Mehrheit wurde das Verhandlungsergebnis abgelehnt.

Die Ablehnung des Metallarbeiter-Lohnabkommens bedeutet eine Niederlage für die Reformisten. Nachdem die große Tarifkommission das Abkommen annahm, verfuhr man unter Aufsicht aller Kräfte, die Annahme auch bei den Arbeitern durchzusetzen. Jetzt werden die Reformisten erneut an den Schlichter herantreten. Die Arbeiter dürfen sich eine weitere Verschleppung nicht gefallen lassen, sondern müssen jetzt sofort die Kampf vorbereitungen treffen, und in den Betrieben die Aufnahme des Kampfes beschließen.

Die Sozialdemokraten, auch in Sachsen, wollen in die Koalition. Sie wollen eine Anpassung an die Reichspolitik. Aber sie möchten diesen Schritt auf Kosten der Kommunisten machen. Wir jedoch werden ihnen solche Manöver nicht gestatten. Wir werden uns nicht zu den Gefangenen solcher Manöver machen lassen. Das überlassen wir den feigen Liquidatoren um Brandtler, deren Anhänger (Nehbein u. a.) jetzt schon zur SPD überlaufen. Die Konsequenz, die die Arbeiter ziehen werden, das wird die Abgabe ihrer Stimmen für die Kommunisten sein.

Herr Fleißner hat die Lage seiner Partei auch schon absolut begriffen. Er beginnt die Flucht an die Seite der Kapitalisten. Neun Zehntel seiner Artikel sind auf diesen Schritt eingestuft. Fleißner hat Ministererbschaft. So bemüht er sich, sowohl den Arbeitern als auch den Kapitalisten begrifflich zu machen, daß er ein guter, für alle gerechter Minister sein werde. Zu diesem Zweck beschwört er die Vergangenheit, seine Ministerfähigkeit und das Jahr 1923. So nimmt er dann Stellung zu den Schwindelmeldungen des Bürgertums über Sachsen von 1923. Damals haben die Industriellen verbreitet, die Hundertthausen seien beritten und bewaffnet gewesen. Entrüstet stellt Herr Fleißner fest: im Jahre 1925 haben rechtsradikale Demagogen die Winger auf die Kats- und Amtshäuser gehetzt, sie haben Türen und Fenster zerklüftet, Beamte angegriffen und Alten auf die Straße geworfen. Auch die Bauern seien angegriffen worden, sie haben Finanzbeamte mißhandelt und die Steuerzahlung verweigert. Die bürgerliche Presse habe diese Taten beschönigt. Nun, wir haben damals den Wingern und Bauern gesagt, daß sie ihren Satz nach der falschen Seite führen: daß sie nicht die kleinen Beamten, sondern die Regierung des kapitalistischen Staates, die kapitalistische Gesellschaftsordnung insgesamt treffen müssen. Diese Schlussfolgerungen aber zieht Fleißner nicht. Er macht diese Feststellungen nur, um zu beweisen, daß „Derartige ... in schlimmer Zeit und Zeit, die den Armen zur Verzweiflung trieb, in Sachsen nicht geschehen! Die zu Unrecht geschmähten und verleumdeten

Hundertkassen bewahren gute Disziplin und sie stellen in der Tat die Ordnung im Lande aufrecht."

Wozu macht Herr Meißner diese Feststellungen? Feststellungen, die nur zu richtig sind; denn es war einer der großen Fehler der SPD unter Brandlers Führung, daß sie dachte, daß die Hundertkassen, die Kerntuppen der revolutionären Erhebung sein sollten, zur Ordnungsgarde wurden. Die SPD hat aus den damaligen Vorwänden die Lehre gezogen und die Brandlerianer aus ihren Reihen entfernt. Herr Meißner aber beantwortet die Gefahr von 1923, um Herrn Hermann Müller, um den Kapitalisten zu beweisen, daß das Geld über „Sowjetländern" doch wirklich nur eine (er erklärt wörtlich) „abstrakte Rede" sei, daß die „linken" Sozialdemokraten wirklich gute bürgerliche Minister seien, daß sie es verstanden, in der Zeit der größten Not die kapitalistische Ordnung zu retten. Hermann Meißner beruhigt die Bourgeoisie, wenn schon „links"-sozialdemokratische Minister kommen, sie werden die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Dabei gibt er den Kapitalisten noch den Trost: uns werden die Arbeiter noch folgen, folgten sie uns doch auch 1923. Wir — das ist der Tenor des Meißnerschen Artikels — sind jetzt noch bessere Vertreter des Kapitals wie Hermann Müller und Brüning.

Damit er nicht vergessen werde, erzählt er noch, daß es Fortschritte nur unter ihm gegeben habe. Auf sein Konto kommen die „Fortschritte" im Schulwesen. So bringt er sich seinen Parteigenossen in Erinnerung und rindet an, daß er bei der Verteilung von Ministerämtern dabei sein möge. Das ist die Wendung an die Arbeiter.

Der Artikel Meißners zeigt ganz klar, wohin die „Linken" zielen. Er hat die Karten zweifach aufgedeckt, als daß nicht jeder Arbeiter begreifen würde, was dieser Artikel bedeutet. Aber, Herr Meißner, das, was Sie an den Hundertkassen im Interesse Ihres demagogischen Zusammenarbeitens mit den Kapitalisten loben, das haben die revolutionären Arbeiter inzwischen als den schlimmsten Fehler erkannt. Deswegen werden die Arbeiter am 12. Mai anders entscheiden als Sie es wünschen. Ihr Kadrigall-Viehdien sieht nicht mehr. Sie warten doch bei denen, die dem General Groener das Vertrauen ausprechen, und nun sollen Ihnen die Arbeiter glauben, die SPD helfe der Reaktion? Sie Heiner Schärer, Sie.

Die Arbeiter haben ein Jahr lang gesehen, was der Reformion hilft. Sie haben gesehen, wie ihre Parteimitglieder im sächsischen Landtag die Forderungen für die Arbeitsbeschäftigten, Sozialrenten und Erwerbslosen ablehnten.

Die Arbeiter werden am 12. Mai die Quittung ausstellen, indem sie für die Liste 3 stimmen, für die Partei des revolutionären Klassenkampfes, für die KPD!

Schiedspruch für das sächsische Baugewerbe

Vor dem erweiterten Tarifamt in Dresden wurden am Dienstag die Verhandlungen zur Regelung der neuen Bauarbeiterlöhne fortgesetzt, nachdem die Unternehmer-Organisationen den ersten Schiedsspruch abgelehnt hatten. Es wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt, nach dem sich die Spitzenlöhne der Arbeiter in den Lohnklassen 1 und 2 um 6 Pfennig die Stunde; in den Lohnklassen 3 und 4 um 5 Pfennig erhöhen. Die Löhne der Tischbauarbeiter werden erhöht in der Klasse 1 und 1b um 6 Pfennig und in den übrigen Lohnklassen um 5 Pfennig. Die Bauhilfsarbeiterlöhne sind um 17 Prozent niedriger als der Maurerlohn.

Die Erhöhung tritt ab Donnerstag den 11. April in Kraft und gilt bis mit 31. März 1930.

Beweise: Die bürgerliche Presse lobt Jörgiebel

Das Neue Tagblatt in Waldenburg beschäftigt sich in der Sonntagsnummer im Leitartikel mit dem Demonstrationssperbot der Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jörgiebel. Das deutschlandweite Blatt lobt die Sozialdemokratie so, daß wir den nachfolgenden Auszug aus seinem Artikel ohne Kommentar den sozialdemokratischen Arbeitern zum Nachdenken empfehlen. Es heißt in dem Artikel, der die Überschrift trägt „Der Polizeipräsident am 1. Mai" unter anderem:

Die Sozialdemokratie hat bekanntlich von jeher auf öffentliche Demonstrationen am 1. Mai das größte Gewicht gelegt und sich gegebenenfalls auch um behördliche Verbote nicht gekümmert. Es muß deshalb jedem aus dem ersten Blick fast ungläubig erscheinen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin Rundgebungen unter freiem Himmel am 1. Mai nicht zulassen will und scharfe Maßnahmen gegen alle diejenigen anlehnt, die sich dem Demonstrationssperbot widersetzen.

Wer hätte jemals bei einem sozialdemokratischen Präsidenten eine solche Verleugnung des sozialdemokratischen Mat-

Schweres Eisenbahnunglück in Belgien / 10 Tote, 30 Verletzte

In Brüssel. Auf der Strecke Brüssel-Mono, die der Pariser Schnellzug am Mittwochmorgen durchfährt, ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück. Der Schnellzug fuhr bei Hal, Provinz Brabant, in einen Güterzug und schob sich durch den harten Anprall ineinander. Bisher wurden 10 Tote und 30 Verletzte aus den Trümmern geborgen. Von den Verletzten ist der Zustand einer großen Anzahl besorgniserregend.

Zu dem Unglück gehören wir noch folgende Einzelheiten: Der Schnellzug Paris-Brüssel, der bei Hal verunglückte, hatte infolge starken Regens eine ungewöhnliche Verspätung. Kurz vor Hal, das nur etwa 15 Kilometer von Brüssel entfernt liegt, leitete der Lokomotivführer die Zugabmeldung. Der Lokomotivführer war so besoffen, daß der Vortrieb des Zuges Paris-Brüssel, der als erster hinter der Maschine fuhr, vor die Lokomotive geworfen wurde. Der darauf folgende Vortrieb wurde ebenfalls gestoppt. Zwei weitere Wagen dritter Klasse wurden vollständig ineinandergeschoben. Auch einige Wagen des Güterzuges sind völlig zertrümmert. Jetzt läßt sich die Größe des Unglücks noch nicht völlig übersehen, da sich offenbar unter den Trümmern noch weitere Verletzte befinden. Die Trümmerstätte bietet nach den Berichten einen schrecklichen Anblick. Der Lokomotivführer des Paris-Brüsseler Zuges, sowie der Führer des Güterzuges sind schwer verletzt. Die Toten sind zum Teil jenseits der Brücke. Erst 3 von ihnen konnten wiedererkannt werden. Bezeichnend ist, daß dem Lokomotivführer

Achtung! Hier GPD-Lügenwelle! Antwortet am 1. Mai!

Man kann es verstehen! — In ganz Deutschland rüstet die Arbeiterklasse am 1. Mai. Tausende werden die Schläge aus Arbeiterorganisationen und Großbetrieben, die gegen die Demonstrationssperbere der Polizeipräsidenten am 1. Mai Stellung nehmen und sich für den Massenaufruf gegen die Truttbourgeoisie und die Sozialimperialisten einsetzen. Immer zahlreicher wird auch die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter, die entschlossen sind, am 1. Mai mit unter den Fahnen der KPD gegen die Polizeipräsidenten aufzumarchieren. Dazu kommen die tagtäglich Siege von roten Betriebsräten über die Reformisten. Allerdings: das ist umstände, die sozialdemokratischen Führer ganz aus dem Häuschen zu bringen. Also setzen sich der Chef des SPD-Präsidenten in Postur, um gegen die „Lügenwelle" der Kommunisten, einen wahrheitsliebenden Artikel loszulassen, der von der Ausanlage des Massenaufrufs ins ganze Reich handelt, namentlich durch die gesamte sozialdemokratische Presse läuft und natürlich von der „Dresdner Volkszeitung" besonders gern abgedruckt wird, weil er ihr aus der schwersten Verlegenheit hilft, in die sie durch ihr fälschliches Verbotswort der Polizeipräsidenten und der Oppositionserfolge geraten ist.

Zunächst hat es diesen Leuten der „Ulkelein-Schwindel" angetan. Es wird allerdings keineswegs bestritten, daß die kommunistische Presse bisher an Tatsachen über den Pakt zwischen dem SPD-Parteiparlam und dem sozialdemokratischen Parteiparlam berichtet hat. Vier Wochen lang Sonntagsblätter sozialdemokratischer Führer in der „Morgenpost", Kienleffs sozialdemokratischer Zeitungen für die nationalsozialistische „Berliner Illustrierte Zeitung" im redaktionellen Teil der SPD-Blätter, „Schreibart" und zugleich selber Betriebsratsmitglied der „Morgenpost" ist der Sozialdemokrat Wendel usw. Das alles seien Lügen, sagt der SPD-Artikel, weil — wie Tatsachen alle selbstverständlich und keine Beweise für den SPD-Ulkelein-Pakt seien! — Kommentar überflüssig!

In Ermahnung von etwas Besseren wird dann in Entschuldigend über „Karlstadt" gemacht. Weil einige Parteiblätter damals überboten, daß der bulgarische Minister Boris in Karlsruhe 1. 2. abgetreten und von der dortigen Koalitionsregierung begrüßt worden sei, und nicht daß Boris in Karlsruhe in Überdies angetreten sei, wie es tatsächlich der Fall war, lächerlich er erdelt. „Seht, wie sie lügen!" — Parolen, ihr Herrschaften, die Arbeiter wissen sehr gut, daß ihr mit solchen Wänden nur von euren Schandtatzen ablenken wollt. Ja, daß die gesamte sozialdemokratische Presse gegen den bulgarischen Bulgaren kein Wort des Protestes anlässlich seiner Anwesenheit in Deutschland. Warum auch? Sind doch die bulgarischen sozialdemokratischen Führer, ähnlich vom Reich der Müller und Weis, die besten Stützen der bulgarischen faschistischen Stapschen-Regierung, die in den letzten Wochen gerade eine neue Offensiv zur Niederdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung durchführt.

Die Sprache wiedergefunden

hat die Dresdner Volkszeitung auch in der Frage der Betriebsratswahl erst durch den sozialdemokratischen Polizeipräsident. Mit seiner Hilfe köttet sie einige Zeitungen über die Berliner Betriebsratswahlen und den „eingebildeten Sieg" der Kommunisten im Vornawerk. Sie stellt dabei die Dinge so dar, als brähten die Kommunisten nur ein paar Erntelose, die sie aus Betrieben zu verzeichnen hätten, während die Kommunisten im übrigen große Weiten erlebten. Und darauf zählt die Volkszeitung eine Anzahl aus, in denen die Kommunisten keine eigenen Listen anstellten. Die Volkszeitung verfährt, daß die Aufstellung eigener Listen durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kein Prinzip ist, sondern von der Situation in den jeweiligen Betrieben und von der Haltung der reformistischen Funktionäre bedingt wird. Es ist also nicht das wesentlichste, daß die Kommunisten in einigen Betrieben zum Beispiel nur 2 von 6 erobert haben, sondern, daß die Reformisten den Kommunisten auf den freigewerkschaftlichen Listen nicht eine ihrem

Und das Mißverständnis eines kommunistischen Redakteurs der „Karlstadt" mit Karlstadt in Baden verwechselt hat, ändert 3. 8. nichts an der Tatsache, daß auf Verlangen des Arbeitermörders Boris der sozialdemokratische Polizeipräsident in Berlin wertvolle Karikaturen aus der antisozialistischen Bulgarenkollage entfernen ließ. Oder mag die „Dresdner Volkszeitung" auch das abzuleugnen, was sämtliche bürgerlichen Blätter mit Schmutzeln verbreitet haben?

Und dann beschäftigt sich der SPD-Artikel noch mit den Lieblingskindern des Parteiparlam, den Polizeipräsidenten. In Hamburg hat der berüchtigte sozialdemokratische Polizeipräsident Schönfelder bekanntlich eine Straßenverkehrsordnung erlassen, in welcher Arbeiter im schmutzigen Arbeitsanzug das Betreten von Trottoirs und Gehwegen verboten wird. Dieser „kommunistische Schwindel" wurde bezeichnenderweise trotzdem bis heute von dem sonst sehr eifrigen Polizeipräsidenten nicht demontiert. Trotzdem ist diese famole Verkehrsordnung von den Kommunisten aus den „Jüngern" gelassen!

Am Schluß des sozialdemokratischen Lügenwellsen-Erlasses wird eine schamlose Anrede für das Parteiparlamationsverbot gegen die SPD und Jörgiebel geritten. Der Arbeiterklasse soll die Berechtigung des Verbotes mit folgender Unverschämtheit plebisfremd gemacht werden:

„Das randsinnige Treiben der Kommunisten, die jüdisch-maische Provokation, die Messerstechereien von Kofftrafanten, die in Berlin sozialdemokratische Arbeiter von ihnen nicht ermordet haben (!!), waren der Anlaß zu einem allgemeinen Demonstrationssperbot usw. (!)!"

Beweise für diese dreidigen Unwahrheiten zu erbringen, hat die sozialdemokratische Presse vom „Vorwärts" bis zur „Karlstadt" nicht notwendig. Wie einfach ist es, zu sagen: Jörgiebel macht nicht die weihen Garden gegen die Berliner Arbeiterklasse, und er will die Arbeiterklasse nicht mit Sammelzupeln und blauen Köhnen niederdrücken lassen! Das wagen die sozialdemokratischen Führer und ihre Presse den deutschen Arbeitern vorzumachen, da jeder neue Tag neue Beweise dafür bringt, daß die Polizeipräsidenten, allen voran Jörgiebel in Berlin, am 1. Mai keine gesamte Schupomacht zur Niederschneidung der Berliner Arbeiter in Bereitschaft hält. Kann jemand an der Verbindung Jörgiebel-Reichswahl-Kommunikation zweifeln? Glaubt jemand, daß die falschlischen Schupo- und Reichswahlkämpfer sich beschließen werden, am 1. Mai ihre Amtsschleusen vom Blutbad abzuhalten? Im Gegenteil! Herr Jörgiebel wird im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und im Auftrag der Truttbourgeoisie höchstselbst an der Spitze seiner weihen Garde den Kampf gegen die Berliner Arbeiterklasse am 1. Mai führen. Die beste Antwort darauf: Klassenaufruf der gesamten Arbeiterklasse unter den Fahnen und den Kampfplänen der kommunistischen Partei!

Beweise: Die bürgerliche Presse lobt Jörgiebel

feiertandes für möglich gehalten? Aber es unterliegt keinem Zweifel: Herr Jörgiebel wird am 1. Mai die Berliner Straßen und die Treptower Weiden von Demonstranten freihalten und er wird diejenigen, die sich etwa auf die sozialdemokratische Tradition berufen sollten, den Polizeipräsidenten jählen lassen. Kein Vernünftiger wird den Berliner Polizeipräsidenten wegen seines Verhaltens tadeln. . . . Aber die Sozialdemokratie? Was tut sie um ihr „heiliges" Maßfeiertag gegen politische Unterdrückung zu schützen? Sie tut nichts, sondern sie lügt sich. Sehr zutreffend hat Stresemann einmal gelegentlich gesagt, daß das einzige, was von der preussischen Disziplin noch übrig blieb, die sozialdemokratische Parteidisziplin ist. . . . Die Kommunisten sind in Berlin gefährliche Gegner. . . . Sie haben in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht und bei vielen Wahlen zu Betriebsräten den Sieg davon getragen. In Berlin haben sie, wie diese Wahlen gezeigt haben, die Mehrheit unter den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Verkehrsinstitute. Es ist nicht gut, mit einem solchen Gegner anzubinden. Deshalb versammelt man sich Heber in den Sälen und stellt sich unter den Schutz der Polizei."

Einfluß entsprechende Vertretung einräumen wollen und daß die Kommunisten bei der Unterwerfung unter die reformistische Natur überhaupt keine Vertretungen in den Betrieben erheben hätten. Entscheidend jedoch ist, daß in den wichtigsten Industrien und in den größten Betrieben die Kommunisten sich nicht nur eine Vertretung gesichert haben, sondern sogar absolute Mehrheiten gegen Reformisten und Gelbe zu erobern in der Lage waren. Das gilt nicht nur für die Berliner Verkehrs-Gesellschaft, die bekanntlich der größte Betrieb Berlins ist, der gilt auch nicht nur für die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft (AEG), die wirtschaftlich und politisch von größter Bedeutung für den Klassenkampf ist. Auch die größte Hamburger Werk von Blohm und Böh und nicht zuletzt die Dresdner Straßenbahn als rein kommunaler Betrieb sprechen eine berechtigte Sprache. Das sind entscheidende Siege angesichts der Tatsache, daß die reformistische Bürokratie die Kommunisten vollkommen zu erdrücken bemüht war, und daß dies ihnen gründlich mißlungen ist. Hinzu kommt noch, daß durch die Anrufung der Belegschaft im Rahmen einer freigewerkschaftlichen Liste trotz entgegengelegter Verbote der Bürokraten, die Kommunisten auch auf freigewerkschaftlicher Basis starke Vertretungen erobern konnten. Wie peinlich diese Tatsachen den Reformisten sind, dafür liefert das Gestammel der Volkszeitung selbst den Beweis, denn

nicht weniger als viermal haben wir nach den Berliner Betriebsratswahlen sie aufgefordert, sich zu dem Ergebnis bei der Verkehrs-Gesellschaft zu äußern.

Bis heute ist eine offizielle Stellungnahme nicht erfolgt, auch nicht in diesem lächerlichen Artikel in der gestrigen Nummer. Dafür aber kommen die Herren Redakteure mit dem

Wächchen vom „eingebildeten Sieg im Vornawerk". Und was schreiben sie? Daß der Sieg nur deshalb eingebildet wäre, weil nur ein Fünftel der organisierten Arbeiter für die Kommunisten gestimmt hätte.

Wie kommt es aber, daß die Kommunisten dennoch die absolute Mehrheit im Vornawerk erhielten?

Sehr einfach. Weil die absolute Mehrheit der Gesamtarbeiterklasse im Vornawerk sich für die Kommunisten entschied. Und kein anderer wie Herr 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Herausrichtliche Witterung am 19. April. Mildes, vorwiegend leicht bewölkt Wetter, nachts spärliche Schwache bis mäßige südliche bis westliche Winde.

Sozialdemokrat Bührers Haushaltplan: Ein Schlag gegen die Dresdner Werttätigen

Der Klassenetat in seiner Gestaltung und Bedeutung für die werktätige Bevölkerung

O. G. Der Haushaltplan ist dieses Jahr in seinem Aufbau anders gestaltet als in den früheren Jahren. Während die Etats früherer Jahre 52 Positionen aufwiesen, hat er in diesem Jahre 108 Konten. Diese Umstellung ist eine Konzession an die Truttbourgeoisie, die diese zum Zwecke der leichteren Kontrolle von den Gemeindefürsorge verlangt. Der kommenden Verwaltungsreform wird hier ein Stück vorweggenommen.

Als Bruttohaushaltplan enthält er nicht nur diejenigen Ausgaben und Einnahmen, die den Kassendebit der Stadt verändern, sondern auch die Berechnungen der Einzelkonten untereinander.

So sind diesmal Verwaltungsanteile, Mieten, Anteile am Dienstleistungsaufwand usw. bei jeder einzelnen Position eingeleitet, die oftmals die Ausgaben höher erscheinen lassen, als in den vergangenen Jahren. Es tritt dadurch vielfach nominell ein höherer Ausgabenposten in Erscheinung, während bei näherer Betrachtung

bei allen sozialen Positionen ein Abbau der Ausgaben festzustellen ist. Der Etat schließt ohne merkende Verluste in der Endsumme ab

in Einnahmen mit 127 152 600 RM
in Ausgaben mit 131 392 814 RM

Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 18 Millionen RM!

Abchnitt 1

Allgemeine Verwaltung

Diese weist gegenüber dem Vorjahr folgende Steigerungen auf:

	1928	1929
Einnahmen	8 398 511	12 530 465 RM
Ausgaben	9 089 552	13 802 462 RM

Die Einnahmesteigerung

Jetzt besonders augenfällig in Erscheinung bei folgenden Konten in diesem Kapitel enthalten sind:

Konto Rat	von 52 825 auf 264 462 RM
Konto Steueramt	von 2 394 520 auf 3 147 644 RM
Reservierte Einnahmen	von 3 139 140 auf 7 563 120 RM
Konto Wohnungs- und Siedlungsamt	von 216 570 auf 550 679 RM

Der Rat hat damit das Recht, das im vorigen Jahre 1 372 961 RM betrug, auf 1 240 008 RM herabdrücken können. In Wirklichkeit sind die Ausgaben für den Rat gegenüber dem Vorjahr gestiegen um 88 000 RM. Die Steigerung bei den verschiedenen Einnahmen ist auf folgende Maßnahmen zurückzuführen: Steigerung der Verwaltungsanteile von den Betriebsverwaltungen und anderen Dienststellen von 1 352 150 RM (1928) auf 2 955 120 RM (1929). Steigerung der Ueberträge von der Stadtbank, Sparkasse und Grundrenten- und Hypothekensamkeit von 104 000 auf 751 000 RM, d. h. um das Sechsfache! Durch Einstellung einer Sonderabgabe vom Vieh- und Schlachthof in Höhe von 500 000 RM. Ferner durch die Einstellung von 350 000 RM aus dem Sonderkonto Darlehen für Haushaltung, das

der Sparmut des Herrn Bührer zum Opfer gefallen

ist. Hat er auf der einen Seite die Einnahmen ganz willkürlich gesteigert, so hat er auf der anderen Seite die Ausgaben schamlos gedrosselt. So sind für das Konto Bürgerrenten und unvorhergesehene Ausgaben, das zum Ausgleich für besondere im Rechnungsjahre auftretende Vorfälle vorgesehen ist, nur 500 000 gegenüber 1 Million RM im Vorjahre vorgesehen. Für das Wohnungs- und Siedlungsamt, das nach dem Rechnungsergebnis 1927 einen Zuschuß in Höhe von 600 000 RM erforderte, sind in diesem Jahre nur 500 000 RM vorgesehen. Bei der Betriebskrankenkasse ist zwar nominell ein um 19 000 RM höherer Zuschuß vorgesehen als 1928. Dieser ist aber auf Befolgungserhöhungen und die erstmalige Einstellung eines 25-Prozent-Beitrages vom Befolgungsaufwand zur Pensionkasse in Höhe von 15 000 RM zurückzuführen. Keineswegs also auf Mehrleistungen an die Angestellten und Arbeiter.

Ungeheure Steigerung der Ausgaben für Polizei

Abchnitt 2 Polizeiverwaltung

Dies sind die höchsten Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Das Kapitel schloß 1928 ab mit einem Zuschuß von 8 141 352 RM. In diesem Jahre ist dieser gestiegen auf 8 490 041 RM. Das ist eine Steigerung um 1 348 689 RM! Der Hauptanteil wird gebildet für die Ordnungspolizei. Diese erforderte 1928 3 053 112 RM, in diesem Jahre aber 3 614 167 RM, das ist ein Mehr von rund 560 000 RM. Welch besonderer Förderung sich dieses Kapitel erfreut und ein Beweis dafür, wie die Bourgeoisie im Zeichen der Verschärfung der Klassengegnisse mit Unterstützung der „linken“ SPD, die ja diese Republik für sich reklamiert, zum Klassenkrieg gegen das Proletariat rüstet, zeigt die nachstehende Aufstellung. Es wurden für die Ordnungspolizei ausbezahlt:

1913	1924	1927	1928	1929
811 000	2 500 000	2 754 747	3 053 112	3 614 167

Die Wohlfahrtspolizei erfordert gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 715 000 RM, die aber im wesentlichen auf die erstmalige Einstellung der Ruhegehaltsbeiträge und anderem zurückzuführen sind.

Abchnitt 3 Bauverwaltung. Hierunter fallen Verwaltungsamt, Hochbauamt und Tiefbauamt. Letzteres gegliedert in Verwaltung, Straßenbau, Straßenreinigung und Entwässerung. Die Einsparungen, die hier durchgeführt wurden, sind weiter vorn schon gezeigt. Sie schließen ab mit einem Zuschuß von 4 150 157 RM gegen 1928 2 280 388 RM. Diese Mehrausgaben sind ebenfalls nur eine Folge der Umstellung. In diesem gesamten Abchnitt sind rund 2 450 000 RM neue, durch die Umstellung des Haushaltsplans bedingte Ausgaben eingeleitet, so daß ein tatsächlicher Abbau von rund 550 000 RM bei den einzelnen Konten durchgeführt ist. So sind, um nur einige

Kapitel zu nennen, weniger als 1928 eingeleitet für Unterhaltung der asphaltierten Straßen 48 000 RM, der Schotterbahnen 50 000 RM, der Baugeräte 13 000 RM. Anstatt in diesen Positionen angesichts der riesigen Erwerbslosigkeit zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten höhere Einstellungen vorzunehmen, Einsparungen auf der ganzen Linie.

Aus den städtischen Betrieben soll auf Kosten der Arbeiter höherer Profit herausgeschunden werden!

Abchnitt 4, Betriebe und Unternehmungen. In diesem Abchnitt erscheinen, sowohl die werdenden Betriebe, diese sind Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie die Straßenbahn und der Schlachthof, als auch die Volksbäder, Eisbäder, Gänzhof usw. Diese Zusammenfassung in einem Abchnitt ist widersinnig. Der Zweck ist aber klar. Auch bei diesen soll das soziale Moment, der soziale Zweck, dem sie zu dienen haben, in den Hintergrund gerückt werden.

Aus den Gas- und Elektrizitätswerken sollen folgende Ueberhörschüsse für den Stadtsäckel herausgewirtschaftet werden:

Gaswerk 1 976 000 RM, hinzu tritt der Verwaltungsbeitrag 300 000 RM, Verzinsung und Tilgung der Wohnungsbauanleihe 122 500 RM und die Kosten für die öffentliche Beleuchtung 1 762 000 RM = 4 160 500 RM.

Elektrizitätswerk 2 645 000 RM, hinzu kommen Verwaltungsbeitrag 165 000 RM, Tilgung der Wohnungsbauanleihe 123 000 RM, Kosten für die öffentliche Beleuchtung 640 000 RM = 3 673 000 RM. Beide Werke zusammen 7 833 500 RM.

Vom Wasserwerk wird verlangt eine Verwaltungsgebühr von 110 000 RM und für Benutzung der Straßen und Plätze 500 000 RM = 610 000 RM.

Der Schlachthof soll eine Sonderabgabe leisten in Höhe von 500 000 RM.

Von der Straßenbahn wird verlangt eine Straßennutzungsgebühr in Höhe von 1 720 000 RM und eine Straßenspülungsabgabe von 120 000 RM, ferner eine Verwaltungsbeitrag in Höhe von 275 000 RM = 2 115 000 RM.

Die Kommunisten fordern

Die kommunistische Fraktion wird hier in erster Linie fordern Verwendung des Ueberhörschusses aus den werdenden Betrieben zur Senkung der Tarife für die werktätige Bevölkerung, Verbesserung der sanitären und hygienischen Einrichtungen für die Angestellten und Arbeiter.

Bei der Straßenbahn: Wiedereinführung der Arbeiterwochenkarten, eine Forderung, die von Bürgerlichen und Sozialdemokraten im Verwaltungsrat gemeinsam abgelehnt worden ist.

Für den Wahlfonds der Liste 5

RM, 2. Abt., 2. Zug spendete aus Zugklasse 10 (zehn) RM dem Stadtteil 1 SPD Groß-Dresden.
RM, 3. Abt., verkaufte 100 Rot-Front-Zeitungen und Uebermittelte den Erlös 10 (zehn) Mark dem Stadtteil 3 SPD Groß-Dresden!

Von den Bädern soll das Gänzhof erstmalig einen Ueberhörschuß abwerfen in Höhe von 7 579 RM. In den Volksbädern sind überall die neu eingestellten Ausgaben abgerechnet, die Zuschüsse herabgemindert. Die kommunistische Fraktion wird alles daran setzen, um auch hier ihre Forderungen zugunsten der Werttätigen durchzusetzen.

Abchnitt 5: Schulen

Ein besonderes Schulbeispiel für die Verlogenheit sozialdemokratischer Agitation bildet hier das Kapitel Begabtenhilfe, das genau so wie im vorigen Jahre mit nur 160 000 RM ausgestattet ist. Der Antrag des Reichsbannergenerals Franke, mit dem die SPD eine ungeheure Reklame gemacht hat, kostet also dem Schulamt nicht einen einzigen Pfennig mehr wie im vergangenen Jahre. Bei den Volksschulen sind die Einsparungen schon am Eingang des Artikels aufgezeigt. Rechnen wir hier die durch die Umstellung des Etats neu eingestellten Ausgaben in Höhe von 130 350 RM ab, so ergibt sich eine

Einsparung gegenüber dem Vorjahr von 123 000 RM.

Bezeichnend für die Art, wie hier gespart werden soll, ist die Tatsache, daß für die Schulgärten gegenüber 31 750 RM im Jahre 1928 für dieses Jahr nur 11 735 RM vorgesehen sind. Dasselbe Bild ergibt sich bei den übrigen Kapiteln dieses Abchnitts.

Abchnitt 6:

Kunst und Wissenschaft

Es beträgt der Zuschuß für die Landestheater 945 460 RM, das Ausstellungsmuseum 3000 RM, die Stadtbibliothek 224 180 RM, die Städtische Bilderei und Leihhalle 396 535 RM, die Städtischen Sammlungen 119 574 RM, die Denkmäler und Springbrunnen 23 640 RM. Der Löwenanteil an dem Gesamtzuschuß mit 1 709 539 RM fällt hier auf die Landestheater. Auch ein Beweis dafür, wie die Bourgeoisie begünstigt wird. Die kommunistische Fraktion wendet sich gegen die Bezugsstellung der Landestheater.

Abchnitt 7:

„Wohlfahrtspflege“

Hierunter fallen Fürsorgeamt, Jugendamt, Ortsamt für Kriegerversorgung, die Krankenanstalten und Heime. Wie rigoros hier gespart worden ist, wurde eingangs bereits gezeigt. Neu ist in diesem Abchnitt das Konto Gesundheitsamt mit einem Zuschuß von 538 765 RM. Dasselbe enthält die Schulgesundheitspflege. Die Sozialdemokraten und Bürgerliche sich die Wirksamkeit dieses neuen Amtes vorstellen, zeigt die Tatsache, daß für gesundheitliche Maßnahmen insgesamt vorgesehen sind ganze 85 000 RM. Für die Krisenfürsorge, für die im Rechnungsjahr 1927 1 030 209 RM verbraucht worden sind, hat der Sozialdemokrat Bührer im Zeichen der verschärften Krise vorgesehen 400 000 RM. Ursprünglich hatte er diese überhaupt vergessen mit einzustellen. Für das Ortsamt für Kriegerversorgung, das dem Sozialdemokraten Kirchoff untersteht, wurden im Rechnungsjahr 1927 ein tatsächlicher Zuschuß verbraucht von 1 287 918 RM, für 1929 sind von Bührer eingeleitet 1 108 500 RM. Im Rechnungsjahr 1927 erforderten an Zuschüssen Krankenhäuser

Friedrichstadt 1 523 399, Krankenhaus Johannisstadt 1 195 048, Krankenhaus Carolahaus 357 084, Säuglingsheim 211 105, Seil- und Pflegeanstalt 911 246 RM.

Herr Bührer steht vor:

Krankenhaus Friedrichstadt 1 478 334, Krankenhaus Johannisstadt 1 013 989, Krankenhaus Carolahaus 234 274, Säuglingsheim 184 797, Heil- und Pflegeanstalt 891 380 RM. Also ein Weniger von Hunderttausenden von Reichsmark! Herr Bührer hat die Einnahmen im vorigen Jahre durch die selbstherrlich angeordnete Erhöhung der Pflegekosten für brutal in die Höhe geschraubt. Andererseits ist auch aus diesen Zahlen der wirtschaftliche Abbau noch nicht ersichtlich, da auch hier Ausgaben erstmalig eingeleitet sind infolge der Umstellung des Etats. So sind allein eingeleitet an neuen Ausgaben bei Friedrichstadt 1 168 018 und 33 250 RM.

Das Gesamtkapitel Wohlfahrtsamt einschließlich Jugendamt, Ortsamt für Kriegerversorgung, den Kinderkruppen und Heimen sowie dem Verjorhaus, dem Männerobdach usw. erforderte im Jahre 1928 einen Zuschuß von 19 517 854 RM, in diesem Jahre sind vorgesehen 20 077 018 RM. Die hier erscheinende Mehrausgabe von 559 164 RM ist aber nur nominell, wie die nähere Prüfung aller Einzelteile ergibt.

So sind erstmalig neu eingeleitet für Verwaltungskostenanteile 303 000 RM, Pacht und Miete sind höher eingeleitet mit 85 000 RM. Diese Ausgaben kehren in den einzelnen Konten regelmäßig wieder. Setzt man diese ab, so verschwindet dieser höhere Zuschuß.

Insgesamt sind die Ausgaben gestiegen um 1 946 558 RM. Sehen wir hier die vorbenannten Einstellungen ab, so würden sich ergeben rund 1 546 558 RM, das sind ganze 5,5 Prozent mehr als im Vorjahre.

Die Einnahmen sind aber demgegenüber gestiegen von 6 608 150 RM auf 7 996 144 RM, das ist eine Steigerung um 17,3 Prozent. Stellt man diese Ausgaben denen für die Polizei gegenüber, so ist der Klassencharakter dieses Etats klar erkennlich. Der

Befehl der Truttbourgeoisie:

Dankland diese nicht zum Sozialstaat werden.

Die Forderung nach dem Volkseigentum, wird von den Hülfingern in Reich, Staat und Gemeinden prompt durchgeführt. Wir werden Gelegenheit nehmen, in einem besonderen Artikel näher darauf einzugehen. — Abchnitt 8:

Finanzverwaltung.

Hier sind die Einnahmen durchweg in die Höhe geschraubt. Das besondere Kunststück bilden hier die Steuern, die gegenüber 44 790 000 RM im Vorjahre mit 46 774 000 RM eingeleitet sind, das ist ein Mehr von rund 2 000 000 RM.

Den steigenden Grad der Massenverwilderung zeigt am besten die folgende Entwicklung. Es waren eingeleitet:

im Jahre 1925	81 778 000 RM
im Jahre 1927	41 212 000 "
im Jahre 1928	44 790 000 "
im Jahre 1929	46 774 000 "

Herr Bührer, der sozialdemokratische Finanzdiktator des bürgerlichen Rates, zeigt seinen bürgerlichen Vorgängern, daß er ihnen in punkto Wahrnehmung der Interessen der kapitalistischen Gemeinde ein wesentliches Stück voraus ist. Der Sozialdemokrat Bührer zeigt damit, daß er in allem ein geheimer Schüler seines großen Vorbildes Hülfing ist. Sein Etat ist der Klassenetat der bürgerlichen Gesellschaft.

Nur die kommunistische Partei führt den schärfsten Kampf im Interesse der Werttätigen. Sie wird bei der Beratung die Forderungen stellen, die zur Verbesserung der Lebenslage des Proletariats gestellt werden müssen. Die kommunistische Partei bekämpft den Polizeietat sowie die Profitwirtschaft der städtischen Betriebe.

Sie wendet sich

gegen die Auflösung des Wohnungsbaufonds,
gegen die Verteuerung der Mieten,
gegen jede indirekte Steuer und deren geforderte Einführung,
gegen die Subventionspolitik an bürgerliche Organisationen,
gegen die Erhöhung der Bäderpreise,
gegen die Erhöhung der Verpflegungskosten in den Krankenanstalten,
gegen die Streichungen im Sozialetat,
gegen die Finanzdiktatur des Rates, unter Führung des Sozialdemokraten Bührer.

Die kommunistische Partei fordert:

Beseitigung des Rates,
Beseitigung des Polizeietats,
Herabsetzung der Tarife für Gas, Wasser, Strom und Straßenbahnfahrpreise für die Werttätigen,
Beseitigung der indirekten massenbelastenden Steuern und Gebühren,
Stärkste Befestigung der Besitzenden,
Durchführung eines Wohnungsbauprogramms in städtischer Regie,
Kündigung des jetzigen Wohnungsvergebungs-systems,
Herabsetzung der Mieten in den mit Mitteln der Allgemeinheit erbauten Wohnungen,
Ausbau der öffentlichen Fürsorge, des Gesundheitswesens, der Jugend- und Schulpflege,
Verbesserung der Entlohnung und Arbeitszeit für die städtischen Angestellten, Arbeiter und unteren Beamten.

Die kommunistische Fraktion weiß, daß dieser Kampf nicht entschieden wird im Parlament, sondern nur im schärfsten Klassenkampf außerhalb des Parlaments. Dieser Kampf muß geführt werden gegen die gesamte Bourgeoisie und gegen die Sozialdemokratie, die in Reich, Staat und Gemeinde die Führung bei der Durchführung der reaktionären Pläne der Truttbourgeoisie übernommen hat. In diesem Kampf hat das Proletariat nur einen Sachwalter, das ist die kommunistische Partei. Stärkung der SPD, Einleitung in die revolutionäre Front unter Führung der SPD, das ist die Pflicht der gesamten werttätigen Klasse.

Der 12. Mai gibt den Werttätigen Gelegenheit, ihren Willen zur Unterstützung dieses Kampfes zu demonstrieren. Gestaltet die Wahlen zu einem Generalbekenntnis für den revolutionären Klassenkampf!

antwortet durch Wahl der Liste 5!



Aus Ostfachsen



Das Reichsbanner-treffen oder: Immer langsam voran...

Gohlis. Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Gohlis einen „Werbe-Tag“. Nachdem man die ganze Zeit nichts gehört hatte, glaubte man, daß die Zeit gekommen sei, Mitglieder zu werben, um auch damit die in allen Tagen stehende Bürgerblockregulierung Nr. 2 zu führen. Der „Reichsbanner“ hat dafür ein eigenartiges Bild „Ausgehungerter Proleten“. Daneben Gewerkschaftsangehörige mit ihren Kindern. Kein Schild, keine Forderung der Arbeiterrolle, ja nicht einmal eine Aufforderung, in das Reichsbanner einzutreten, war zu sehen. Aus Dresden und Adelsberg waren die Mannen herbeigezogen, um der Ortsgruppe „auf die Beine zu helfen“. Bezeichnend war es für die Träger der Kapitalistenfahnen, daß sie keine Tragen, wahrscheinlich war ihnen das Tragen dieses Symbols eine Last. Man beschränkte sich auch nur auf den Verkauf von Anzeigen. Die Einwohnerzahl verhielt sich sehr passiv. Beispielsweise schauten aus den Fenstern. Ein paar Dupend Kinder und Erwachsene liefen nebenher. Die Klassenbewußten Arbeiter von Gohlis fehlten. Am Tage selbst sah man den bekannten „Kassenspieler“ Nuhria Mare aus Gohlis, der das Haus kommunistenrein halten will. Auch der Einheitsapostel Freiberg sagte nicht. Er hätte sich lieber ausruhen lassen, damit er Montags wieder tüchtig Leberstunden schreiben kann. Dann als letzter: „Genosse“ Grahl, keines Reichens Sozialdemokrat und Mitglied des Schulausschusses. So nebenbei noch Eisenwerksmitglied, obgleich er noch der Kirche angehört und seine Kinder in den Religionsunterricht schickt. Ein wirkliches Proletenplakat. Auf den Schlag des „Werbe-tages“ folgte dann der übliche „keine Reiz“. Arbeiter und Arbeiterinnen von Gohlis: Erkenntnis nun endlich, wo ihr hingehört. Reizt euch ein in die rote Klassenfront des Proletariats. Trebet ein in die KPD. Wählt am 12. Mai Liste 5! Arbeiterkorrespondenz 588

Das Gesicht dem Dorfe zu?

Ruppendorf. Die Kommunistische Partei befindet sich mitten in der großen Kampagne für Partei und Presse. Auch hier haben unsere Genossen mit der Bearbeitung der Bauern und Häuser begonnen. Bis dato sind vier Zeitungsblätter gewonnen, was für unseren Ort schon etwas heißen will. Die Genossen erleben dabei die merkwürdigsten Dinge. Kommt da neulich beim Austragen von Werbematerial der Arbeiterstimme ein Genosse zu dem Großbauer Wolf, d. h. er wollte nicht zu dem, sondern zu einem auf dem Gut beschäftigten Wirtschaftsgesellen, um diesem die Arbeiterstimme zu geben. Majestätsbeleidigung! Man hat Sie, daß Sie rauskommen! Was wollen Sie? Ich weiß schon Sie wollen bloß meine Leute verführen! Was nun? Damit hat er den auf dem Gut beschäftigten Arbeiter bloß gesagt, daß er als Großbauer die Kommunisten und ihre Zeitung, die die Interessen der kleinen Bauern und Landarbeiter vertritt, fürchtet. Wertwärtig genug erscheint allerdings, daß er keinen Leuten auch nach Feierabend vorstreifen will, mit wem diese sich unterhalten. Für heute soll das genügen. Wir werden in der nächsten Zeit einige Geschichten, die politisch äußerst interessant sind und über die eine Anzahl Einwohner noch nicht Bescheid weiß, veröffentlichen. Arbeiterkorrespondenz 586

Auch ein Merkblatt für den 12. Mai!

Königsfeld. Wir haben wieder einmal Gelegenheit, der städtischen Steinbruch und zugleich auch die Stadt Königsfeld zu beleuchten. Dort herrschen wieder Zustände, womit die gesamte Einwohnerschaft sehr unzufrieden ist. Zunächst hat man den Steinbruchbetrieb voriges Jahr kommunistenrein gemacht. Nun hat man dieses Jahr freien Willen, man kann man schalten und walten wie man will. Die rechte Hand des Stadtrat Schulze, die vier Jahre als Bruchmeister tätig war hat man lang und langsam in die große Stempelarme eingeweicht. Warum? Nun, da kam voriges Jahr ein ganz junger reaktionärer Betriebsleiter herein, der war nun allerdings mit seinem großen Mundwerk auf den richtigen Platz gekommen. Dieser Herr wollte nun gleich den Arbeitern „das Arbeiten lernen“, indem er sagte, daß er eine Treppentstufe allein über den Berg heraufschaffen wollte. (Dies nur zur Erinnerung.) Dieser Herr führt jetzt das Kommando über beide Steinbrüche. Wer ihm nicht behagt — der fliegt. Den ganzen Tag steht er hinter den Arbeitern und treibt an, aber selber arbeiten und mitzupacken kann er — so ein junger, „schwacher“ Mensch, nicht. Als Stütze hat man ihm noch den Stadtratsordnenen, Büttner dazugegeben.

Auf dem ehemaligen Friedhof, beim Amtsgericht, soll demnächst ein neuer Arbeitsnachweis gebaut werden. Besser wäre es, Wohnungen für Arbeiter zu bauen. Es wurde sogar schon die Frage aufgeworfen, ob dieser Bau nicht mehr koste als wie der der Stadtbank. Arbeiter von Königsfeld, hier ist der beste Beweis, wo eure Steuergeldern hinkommen. Sorgt am 12. Mai dafür, daß diese Geschichten ein Ende nehmen. Arbeiterkorrespondenz 585

Gächssische Proletarier,

habt ihr das vergessen?!

Kola Luxemburg, Karl Liebknecht blieben der Gesinnung treu, doch der „Vorwärts“ heulte, schrieb schlecht, stampfte den Hergabrei der Verleumdung — weiße Horden schlagen Karl und Kola tot — und die Wahn ist frei geworden. SPD, wirft du nicht rot?

Kat vor Scham, daß Kosses Heere willigen wie das Schäferweidh Kämpfer, Revolutionäre, hat und die Bourgeoisie. In Strömen ist das Blut geflossen zu einem großen, roten See, die Reaktion trieb neue Sprossen, geteilt war die SPD!

Vergeßt es nicht — denkt daran am 12. Mai!

Gemeindevertreter-Sitzung

für Heidenau — Schmachtig — Gornitz — Dohna — Schieren — Birkholz im Restaurant zur Börse, Heidenau, am Sonntag, dem 21. April, 9 Uhr.

Freital. Kraftwerke Freital Aktiengesellschaft. Die Generalversammlung am 16. April genehmigte den Abschluß für das Geschäftsjahr 1928 und die Anträge der Verwaltung. Aus einem nach Zuweisung zum Abschreibungsplan von 279 510 RM (i. B. 232 558) sich ergebenden Reingewinn von 164 913 RM (i. B. 161 481) werden dem Reservefonds 12 000 RM (i. B. 9000) zugewiesen, eine Dividende von wiederum 5 Prozent auf 3 Millionen RM Aktienkapital verteilt. Das Mark, die Mark — aus dem Arbeiter geflogen. Die Antwort: Wahl der Liste 5.

Nacharbeiter gegen Arbeiterportier

Somsdorf. Wir haben in Somsdorf auch einen Bürgermeister, das heißt einen Bürgermeister, der die Öffentlichkeit anspricht. Das wurde deutlich in der öffentlichen Gemeindeversammlung, die am Mittwoch, dem 10. April, stattgefunden hat und die nur drei Punkte: 1. Mitteilung, 2. Antrag des Arbeiter-Turn- und Sportvereins, 3. Antrag zum Ortsgeleit über tätige Teilnahme, umfachte. Genosse Legler brachte über Geschäftsordnung einen Antrag ein, daß der Zuhörerraum überfüllt ist, niemand mehr Zutritt hat, und daß er deshalb den Saal als Sitzungsraum vorschlägt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag, in Zukunft in der hiesigen Gemeinde einmal die Post auszugeben, wurde von der Postdirektion abgelehnt. Einem Antrag, nochmals eine Beschwerde einzureichen, wurde zugestimmt. Die Wählerliste zur Landtagswahl liegt im Gemeindegast in der Zeit vom 21. bis 28. April, von 8 bis 10 Uhr und von 15 bis 19 Uhr aus, Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Dann kam der Antrag des Arbeiter-Turn- und Sportvereins zur Beratung. Es war schon von jeder der Wille der Arbeiter-Turner einen Sportplatz zu errichten. Das ist immer gecheitert. Wenn schon ein reaktionärer Bürgermeister wenig Interesse zeigt, so kann man von einem Gemeindepapier, welches eine bürgerliche Arbeit hat, nichts anderes verlangen. Wenn man die Tätigkeitsjahre unseres Bürgermeisters etwas unter die Lupe nimmt, so kommt man zu dem Resultat, daß er verdammt wenig für die arbeitende Bevölkerung in der Gemeinde geschaffen hat. Das einzige, was er geschaffen hat, ist: das Telefon auf Kosten der Gemeinde in seiner Wohnung legen zu lassen, abgesehen davon, daß jedes Jahr kein Gehalt steigt. Gemeindevorstander Grömann, Vorsitzender des Deutschen Turnvereins, der „Arbeiter-Turner“ von Somsdorf, erklärte, daß das Land sich nicht zum Sportplatzbau eigne und er „im Interesse der Bauern“ ablehne. Dem Antrag zustimmen. (Phrasen bei den Zuhörern.) Der Bürgermeister diktiert um Ruhe. Genosse Legler brandmarkt Herrn Grömann und stellt fest, daß er eine Unterkauf mit seinem Junglingsverein habe. Die Arbeiterturner sollen sich auf der Eden herumdrücken. (Bspawork bei den Zuhörern.) Der Gemeindevorstande Kotsch (Bürgermeister), ein armer, ausbeuteter Textilarbeiter, trat warm für die Ablehnung des Sportplatzes ein. In Anwesenheit von allen war der „Papierprotokoll“ aus der „Wirtschaftspartei“ Komat. Dieser sah da wie ein Papiermann. Er rühte sich nicht, wie es schien, hatte er Angst vor den roten Turnern im Zuhörerraum. Nach längerer Aussprache schritt man zur Abstimmung. Der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Hierauf erfolgte dann die Arbeiterturner geben ihrer Empörung über das standalöse Verhalten der bürgerlichen Fraktion Ausdruck, worauf der Bürgermeister die Öffentlichkeit ausschloß. Hierauf Dunkelkommer Arbeiterportier — antwortet am 12. Mai durch Wahl der KPD-Kandidaten, Liste 5, auf diesen Schandstreich! Arbeiterkorrespondenz 581

Eine Gemeinheit von Sudel-Kurichens Heimatzeitung, die tiefer gehängt werden muß

Freiberg. Wir berichteten vor 14 Tagen über die Gerichtsverhandlung gegen den angeblichen Brandstifter des Pfaffenvorwerks und bemerkten dabei, daß die Anzeigerin über die erste Verhandlung in dieser Sache geradezu ordinär berichtet hätte. Die „Heimatzeitung“ hat es sich nun, anlässlich der zweiten Verhandlung und höheren Berurteilung, wie es scheint, zum Prinzip gemacht, den „Anzeiger“ in Gemeinheit um ein Erklüchertes zu übertreffen. Sie bringt in ihrer Ausgabe vom 9. April folgende standalöse Abhandlung:

**Liebe im Kuhstall.
Ein Zwanzigjähriger in der Hauptrolle.**

In Nr. 19 unserer Zeitung schrieben wir unter: „Lobende Liebe“ von dem Brände des Pfaffenvorwerk-Seitengebäudes. Der Jüngling, der schuld an diesem Feuerchen war, erhielt von Freiburger Schöffengericht lebenszeit eine sehr niedrige Strafe von drei Monaten Gefängnis mit voller Bewährungsfrist. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen dieses Urteil Berufung eingelegt. Für ersehen diese Strafe viel zu mild; denn bei dem Feuer waren Menschenleben in Gefahr gekommen. Der junge Bursche hatte mit dem Besagten der Streichhölzer sehr fahrlässig gehandelt. Die Berufungsinstanz brachte „weiteres Licht“ in diese Liebesgeschichte. Die mögliche Maid war viel begehrt; die

hatte mancherlei Herrenbekanntschaften, die Liebesglühwände alle über die hölzernen Treppe pligerten. Die geplante Liebesnacht des Angeklagten mit seiner Flamme sollte dem Wächter des Pfaffenvorwerks sehr teuer zu stehen kommen. Der durch den Brand verursachte Schaden betrug etwa 84 000 RM. Der so stark Geschädigte hatte dem fahrlässigen Pflanzhaber seiner Magd bereits seit längerem das Betreten seines Anwesens verboten. Aber, was tut man nicht alles aus — Liebe!

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft betonte, daß die Jugend heute mit 20 Jahren genügend aufgeklärt sei, also von strafmildernder Jugendlichkeit nicht die Rede sein könnte. Der gute Mann hat recht; denn ein Zwanzigjähriger, der trotz ausbrüchlicher Verbote so Liebesglühwände zu seiner Magd schleicht und dies wiederholt tut, ist gewiß nicht unerweckt. Sechs Monate Gefängnis wurden beantragt. Häufig erhielt er, mit dreijähriger Bewährungsfrist. Wierzehn Tage muß der Streichhölzermann aber abstricken, damit er weiß, wie es im Gefängnis aussieht.

Ob diese Strafe genügen wird, den Jüngling von der Ausführung seiner Besaggen abzuhalten? Kaum, denn Liebe kennt keine ethnische Mauer!

Man muß schon sagen, daß diese Infamie nicht mehr zu überbieten ist. Wählte man nicht, wer „Kurtchen“ wäre, so wäre man geneigt, anzunehmen, daß irgendein Staatsoberhaupt seinem gekränkten Herzen Luft gemacht hätte. Da man aber weiß, daß bei der plötzlichen Entfernung aus der früheren Position — als Parteiführer der SPD — dunkle Weibergeheimnisse mitspielen, wäre es Platzverschwendung, an diesen Herrn noch mehr Worte zu vergeuden. Wir begnügen uns deshalb mit dem Tiefstehenden dieser Sudelerei. Hoffentlich geben ihm die Freiburger Arbeiter die richtige Antwort, indem sie sein Sudelblatt aus dem Hause werfen. In einem Arbeiterhaushalt gehören derartige Standalblättchen nicht, sondern die Arbeiterstimme! Arbeiterkorrespondenz 580.

Das ist aus der SPD geworden!

Saboteure des Kampftages der Arbeiter — des 1. Mai!

Hörsdorf. Wie wenig ernst es den Sozialdemokraten mit der Einheit der Arbeiterklasse ist, von der sie sonst bei jeder Gelegenheit schwärmen, haben sie mit ihrer Stellungnahme zum 1. Mai bewiesen. Am 10. März fand eine von der SPD Hörsdorf einberufene Versammlung statt, in der die Vertreter der beiden Parteien und der Arbeitervereine zum 1. Mai Stellung nahmen. Wohlweislich hatten die Sozialdemokraten nur die Vereine eingeladen, wo sie glauben im Frühen stehen zu können, wollte man doch dem Vertreter der Einheit der Arbeiterklasse den Stimmrecht streift machen. Da in diesem Jahre die gemeinsame Maifeier in Ruppendorf stattfinden, nach den Abmachungen der vergangenen Jahre diesmal ein Kommunist die Rede halten sollte, gingen die Vertreter der SPD von Anfang an darauf los, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Sie erklärten, wenn die roten Frontkämpfer mitmarschieren, würden sie die Teilnahme der SPD ablehnen. In der Abstimmung über die Teilnahme der Vereine an dem 1. Mai, die die Teilnahme der SPD ablehnen, wurde die Mehrheit für sich, indem verschiedene Vertreter der Vereine glaubten, der Einheit dadurch andere werden von Horn, Dorsheim, förmlich an den Rockschößen hochgehoben. Eine Sitzung so richtig nach den Grundätzen sozialdemokratischer „Demokratie“. Dennoch (trotz alledem!) schloß sich die KPD nicht von der Beteiligung aus, indem sie vielmehr in das Komitee eintrat, zeigte sie allen Arbeitern, daß der Wille zu einheitlicher Maidemonstration nur von unseren Genossen vertreten wird. Nun beging der KKB in den Augen der Sozialdemokraten das große Verbrechen, sich bei den Arbeitern von ihren Vertretern in dieser Sitzung ausgeschiedet wurde. Und die Mitglieder der Vereine entschlossen in ihrer Mehrheit, daß der 1. Mai für alle proletarischen Organisationen und mit Recht auch für die roten Frontkämpfer in Frage käme. In darauffolgender Komiteesitzung legte man unserem Vertreter die Frage vor: „Welchen die roten Frontkämpfer weg?“ Er erklärte: „Die Vereine stehen auf dem Standpunkt, daß der 1. Mai für alle proletarischen Organisationen, auch für die roten Frontkämpfer Kampftag ist. Der KKB hat keine Ursache, einzig und allein der SPD die Konsequenzen zu machen.“ Darauf erklärte Horn, Dorsheim: „Die SPD macht ihre Fehler selbst, das Komitee ist aufgelöst.“ Da aber die Vereine in ihrer Mehrheit für eine gemeinsame Demon-

stration waren, wandte sich der Freie Turnverein Hörsdorf nochmals an beide Parteien, doch eine gemeinsame Maifeier mit allen Organisationen zu veranstalten, und zu diesem Zwecke nochmals eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Da von seiten der SPD nichts unternommen wurde, rief die KPD, Arbeitsgebiet Weipertal, alle proletarischen Organisationen und die SPD zu einer Sitzung am 14. 4. zusammen. Hier kam wiederum von seit allen Vereinen zum Ausdruck: Gemeinsame Maifeier mit allen Organisationen. Darauf die Sozialdemokraten in großer Verlegenheit. Konnte man keine sachlichen Argumente gegen den KKB bringen, so versuchte man es jetzt durch Lächerlichkeit. Unter anderem warfen sie ihm Soldatenplünderer vor und überdies noch mit einem Male förmlich in „Antimilitarismus“. Derselben Leute, deren Parteigenossen jeden Militärretail, Panzerkreuzer usw. bedürftig, die Werkzeuge, die die Bourgeoisie braucht, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Die diese Werkzeuge selbst mit schaffen (1.-Mai-Verbot in Berlin), spielen sich jetzt mit einem Male als Antimilitaristen auf! Wie lächerlich. Sie wurden auch von unseren Genossen gehörig juristigewiesen. Die Gründe aber liegen tiefer. Die sozialdemokratische Führerrolle hat allen Grund, den roten Frontkämpferbund zu fürchten, ihn, der in seinem Kampf gegen Kriegsgewalt und Faschismus auch die Rolle der SPD an den Kranz stellt. Daher Anweisung von oben, sich ja nicht mit roten Frontkämpfern „einzuweisen“. Die Schächten konnten vielleicht bolschewistische Bazillen erhalten. Die Abstimmung ergab denn für die SPD auch die Ohreigenheit, die sie verdient hatte. 16 Stimmen waren für gemeinsame Maifeier mit den roten Frontkämpfern, 4 SPD-Stimmen dagegen und 3 Stimmenshaltungen. Wieder erklärten die Vertreter der SPD, für sie komme keine gemeinsame Maifeier in Frage. Ein letzter Versuch eines Vereinsdelegierten an die Sozialdemokraten, doch Vernunft anzunehmen und sich der Mehrheit zu fügen, war ergebnislos. Noch einmal gelang es dieser Audarbeiterpartei, die Maifeier gegen den Willen der Mehrheit zu verhindern. Wie die Großen, so die Kleinen. — Arbeiter, Arbeiterportier, Freidenker, gebt ihnen die richtige Antwort. Demonstriert gemeinsam mit der KPD am 1. Mai für gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen den Kapitalismus, gegen seine sozialdemokratischen Helfer, für die Befreiung aller Werttätigen! Arbeiterkorrespondenz 584.

Was Bourgeoisietum fertig bringt

Freiberg. Anlässlich des „glorreichen“ Reichswehrdurchmarsches in Sachsen, der angeblich nach dem reaktionären Bayern gehen sollte, wurde 1923 in Freiberg die erste Schlacht geliefert. 31 Todesopfer (Männer, Frauen, Greise und Kinder) wurden als Tribut dem „rebellen Bayern“ geopfert. Die Hinterbliebenen sind zum größten Teil heute noch ohne die ihnen gebührende monatliche Rente. Dort, wo aber die Fürsorgebehörden nicht anders können, als die unzulässige Abschlagung der Familienernährer auszurechnen und demzufolge den Hinterbliebenen die Rente zuzubehalten, dort springt dann der Freiburger Machtapparat ein. Das Polizeiamt schickt seine Helfer aus, um eine „reichswehrendliche Einstellung“ der Erbschollen festzustellen. Unter der Maste: „Ein paar Worte im Vertrauen“ werden die Leute geprügelt gemacht, um dann die vielleicht ganz anders gemeinten Worte im Vertrauen“ als Nachweis der „reichswehrendlichen Einstellung der Erbschollen“ in amtlichen Berichten (Beidruck genannt) verwendet zu finden. So wurde auch im Dezember vorigen Jahres ein derartiger „Beidruck“ verfertigt, in dem als positive Einstellung der Erbschollen festzustellen. Unter der Maste: „Ein paar Worte im Vertrauen“ werden die Leute geprügelt gemacht, um dann die vielleicht ganz anders gemeinten Worte im Vertrauen“ als Nachweis der „reichswehrendlichen Einstellung der Erbschollen“ in amtlichen Berichten (Beidruck genannt) verwendet zu finden. So wurde auch im Dezember vorigen Jahres ein derartiger „Beidruck“ verfertigt, in dem als positive Einstellung der Erbschollen festzustellen. Unter der Maste: „Ein paar Worte im Vertrauen“ werden die Leute geprügelt gemacht, um dann die vielleicht ganz anders gemeinten Worte im Vertrauen“ als Nachweis der „reichswehrendlichen Einstellung der Erbschollen“ in amtlichen Berichten (Beidruck genannt) verwendet zu finden.

Man muß schon sagen, daß der „Beidruck“ des Polizeiamtes Freiberg in der Rentenangelegenheit „Objektivität“ wohl kaum überboten werden kann. Scheinbar sind die paar „Spaziergänge“ mit den hungernden Erbschollen noch immer nicht vergangen und wirken noch nach in derartigen Beschaffenheiten. Geplant waren wir wirklich zu erfahren, ob der für die „reichswehrendliche Einstellung der Erbschollen“ benannte Zeuge (der nunmehr nach über fünf Jahren das erstemal erwähnt wird) die ihm in den Mund gelegten Beschuldigungen gesteht hat. Wir werden abwarten, wie nun das Reichsverwaltungsgericht die „Beidrucke“ des Polizeiamtes mettet, und werden dann erst, nach Erledigung nochmals auf den Fall zurückkommen. Arb.-Korresp. 589.

Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe

Nach monatelangen, ergebnislosen Verhandlungen zwischen den zentralen Instanzen wurde anfangs April ein „neutrales“ Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Prof. Brahn gebildet. Prof. Brahn ist hinreichend bekannt als der „neutrale Schiedsrichter“, der an einem einzigen Tage 21 Hungerschiedsprüche für die Textilarbeiter gefällt hat. Die Textilarbeiter hatten in diesem Mann ein so großes Vertrauen, daß sie im voraus erklärten, einen Schiedspruch, der unter dem Vorsitz des Prof. Brahn gefällt wird, unbedingt anzunehmen.

Daß auch die Verbandsbureaufrauten des Holzarbeiterverbandes volles Vertrauen zu diesem Unternehmerfreund haben, geht aus einem Artikel im Vorwärts vom 13. April hervor, der anscheinend vom Verbandsvorstand stammt. In diesem Artikel wird der Versuch unternommen, zunächst die Tragweite des Schiedspruchs einzuschränken, mit dem Bemerkten, daß es sich nur um Vorschläge handele. In Wirklichkeit sind aber die Dinge längst gebrochen, daß der Vertragsentwurf fertig ist. Das geht aus dem letzten Absatz des Artikels mit aller Deutlichkeit hervor.

Wie die Forderungen der Holzarbeiter durch das „neutrale“ Schiedsgericht abgemildert worden sind, wollen wir im einzelnen nachsehen.

Zur Arbeitsvermittlung wurde die Arbeitsvermittlungspflicht gefordert, früher bestand nur die Meldepflicht der offenen Stellen. Die Forderung ist im neuen Vertrag nicht angenommen worden.

Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses sollte die gesetzliche Kündigungsfrist (14 Tage) gelten, sofern nicht andere schriftliche Regelungen mit der Betriebsvertretung erfolgen. Im neuen Vertrag ist die Kündigungsfrist auf sechs Tage herabgesetzt.

Die tarifliche Arbeitszeit sollte nach den Anträgen der Kollegen auf 48 Stunden pro Woche herabgesetzt werden. Nach dem neuen Vertrag bleibt die bisherige 48stündige Arbeitswoche bestehen.

Der Zwangsüberstundenparagraf des alten Vertrages sollte rücklos beseitigt werden. Das ist nicht erfolgt. Es kann noch wie vor Mehrarbeit verlangt werden. Lediglich eine formelle Umänderung ist erfolgt, wonach jetzt der Unternehmer in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheidet, während er früher nur „im Benehmen mit der Betriebsvertretung“ Überstunden bis zu 51 Stunden pro Woche verlangen konnte.

Der Zuschlag von 25 Prozent, der im Vorwärts als neue Kopplung angepriesen wird, war bereits im alten Vertrag enthalten.

Die hauptsächlichsten Forderungen der Mitgliedschaft zielen auf eine grundsätzliche Verringerung der Lohnstückelung. Besonders das System der Alters- und Ortsklassen sollte entsprechend den wirtschaftlichen Bedingungen zentralisiert und verbessert werden. U. a. sollte für Arbeiter unter 16 Jahren ein Vertragslohn festgesetzt werden. Eine Regelung dieser äußerst wichtigen Frage ist bisher nicht erfolgt. Eine formelle Verringerung bringt der neue Vertragsentwurf, indem er den bisherigen „Durchschnittslohn“ als Vertragslohn festlegt, mit der Ausnahmebestimmung, daß für schwächere Arbeiter ein Lohn vorzuschlagen werden kann, der bis zu 10 Prozent unter dem Vertragslohn liegt.

Auch die Entschädigungslöhle für die Lehrlinge, die nach den Anträgen 10, 20, 30 und 40 Prozent vom Tariflohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters betragen sollten, sind nicht erreicht worden. Die Unternehmer machten hierbei ganz besondere Schwierigkeiten. Es wurde eine tarifliche Schlichtungsstelle eingesetzt, die ebenfalls unter dem Vorsitz von Prof. Brahn einen Schiedspruch fällte, wonach die Kostgeldlöhle für Lehrlinge auf 8, 15, 20 und 30 Prozent des Tariflohnes für Facharbeiter herabgesetzt werden.

Besüglich der Ferien wurde gefordert, eine Herabsetzung der Wemeyzeit von 4 auf 2 Monate und Beseitigung der Ferienlohn für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der

Lehrlinge und Jugendlichen, auf 5 bis 9 Tage. Im Vertragsentwurf ist die Wemeyzeit nicht herabgesetzt worden. Es erhält also nur der Arbeiter 4 Tage Ferien, der am 1. April 4 Monate im Betrieb beschäftigt war. Eine kleine Verbesserung ist durch die Bestimmung geschaffen, daß im dritten Jahre der Beschäftigungsdauer 7 (bisher 6) und im vierten Jahre 8 (bisher 7 Tage) Ferien gewährt werden.

Ueber die Höhe der Löhne und die aufgestellten Forderungen wird erst verhandelt, wenn der Vertragsentwurf von beiden Parteien angenommen worden ist. Nach dem Bericht des Verbandes können sich diese Verhandlungen noch wochenlang hinziehen. Vorderhand besteht noch die Vereinbarung, daß bis zum 10. Mai die Bestimmungen des alten Reichsmantelvertrages und des Lohnabkommens Geltung haben.

Hilferding und Dorpmüller in einer Front gegen Eisenbahner und Staatsarbeiter

Nicht allein, daß die Reichsbahndirektion jede Lohnerhöhung der Eisenbahner noch wie vor kategorisch ablehnt, jetzt bemerkt sie ihre Macht gegen die Reichsarbeiter, die ebenfalls schon seit Monaten in einer Lohnbewegung stehen. So wandte sie sich am 9. April mit einem Schreiben an den Reichsfinanzminister, in welchem gesagt wird:

„Ich bitte daher dringend, auch den Gewerkschaften der Reichsarbeiter während der Vertagung der Endlösung der Lohnfrage feierliche Zusage über deren Gestaltung zu machen.“

Wie nun das Zusammenarbeiten zwischen der Koalitionsregierung und der Reichsbahn-Hauptverwaltung klappt, beweist unter anderem die Tatsache, daß am Tage zuvor, am 8. April, im Reichsfinanzministerium zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Organisationsvertreter eine Besprechung stattfand, bei welcher Hilferding den „Bund“ ausgeprochen hat:

„Die Organisationen möchten, wenn irgend möglich, die allgemeinen Lohnverhandlungen bis zum Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen vertagen.“

So werden die Staatsarbeiter seit Wochen von dem sozialdemokratischen Finanzminister hingehalten, und jetzt wird dasselbe Spiel mit den Eisenbahnern begonnen. Was diesen bevorsteht, geht aus dem schon erwähnten Schreiben der Reichsbahndirektion vom 9. April hervor, wo auch zu den Wirtschaftsgebiets, nach welchem die Eisenbahner entlohnt werden, Stellung genommen wird. Nachdem in diesem Schreiben besonders hervorgehoben wird, daß die jetzt im Wirtschaftsgebiet I geltenden Löhne nicht geändert werden, heißt es:

„Achtungen habe eine Lohnerhöhung am wenigsten notwendig!“

Schon seit Jahren wird besonders die Not der ostpreussischen Eisenbahner bei jeder Lohnbewegung in den Vordergrund gedrückt. Immer ist gefordert worden, das Wirtschaftsgebiet I, das für den Osten gilt, zu beseitigen. Jetzt erklärt die Reichsbahn-Hauptverwaltung, daß die ostpreussischen Eisenbahner am wenigsten berechtigt sind, Lohnforderungen zu stellen. Sie bekräftigt diesen Spruch noch, indem sie in einem weiteren Schreiben an den Reichsfinanzminister bemerkt:

„Mit Rücksicht auf das Schreiben des stellvertretenden Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vom 9. April 1929 wird in der Verhandlung mit den Organisationen am Freitag, den 12. d. M., ohne besondere Ermächtigung die Frage des Lohngebietes I oder einiger Orte in demselben (Königsberg) vom Verhandlungsleiter nicht angeschnitten werden. Falls von gewerkschaftlicher Seite die Sprache hierauf gelenkt werden sollte, was nicht anzunehmen ist, wird die Angelegenheit als juristisch nicht erörterungsfähig zurückgestellt werden.“

Diese Sprache Dorpmüllers den Eisenbahnern, wohnen der Kurs für. Sie ist eine ganz natürliche Folge des ständigen Ausweichens der Gewerkschaftsbureaufraute. Der „Vorwärts“, der zu diesen Vorkommnissen Stellung nimmt, legt zu dieser unterhörsen Zustimmung der Koalitionsregierung an die Reichs-

Aus dem Inhalt dieses neuen Vertrages geht klar und deutlich hervor, daß die Tarnow und Genossen die Interessen der Holzarbeiter vollkommen preisgegeben haben. Auch hier zeigt sich, wie verberlich die Taktik der Verbandsstrategen sich für die Mitglieder ausgewirkt hat.

Wir haben bereits früher betont, daß bei solcher Art der Verhandlungen, die unter Ausschluß der Kontrolle der Mitgliedschaft stattfinden, die Forderungen der Holzarbeiter nicht erfüllt werden können. Es ist die höchste Zeit, daß die Kollegen sich dazu übergeben, in Mitglieder- und Betriebsversammlungen Stellung zu dem neuen Vertrag zu nehmen. Alle Kampfvereinigungen, alle Kampfleitungen aus den Betrieben, Mobilisation der gesamten Kollegschaft, sind sofort zu treffen, um wenigstens die Forderungen durchzusetzen, die bereits vor einem halben Jahr aufgestellt worden sind.

Der unter dem Vorsitz des Prof. Brahn zustandgekommene Tarif muß einmütig von der Kollegschaft abgelehnt werden.

arbeiter und der öffentlichen Zusammenarbeit zwischen Hilferding und Dorpmüller, die ihre Handlungen im vollständigen Einverständnis mit den Arbeitgeberverbänden durchzuführen folgendes:

„Nun braucht man sich nicht mehr zu wundern, warum die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter am Freitag den 12. April scheitern mußten. Dorpmüller und die Ministerialbureaufraute haben gesiegt. Die Frage ist nur, wie lange die Reichsarbeiter und die Eisenbahner sich dieses Spiel gefallen lassen.“

Das ist eine sehr plumpe Demagogie des „Vorwärts“. Auch er ist doch einverstanden mit dem Tun Hilferdings. Nicht erst jetzt hat Dorpmüller gesiegt und Hilferding hat ihm zu dem Sieg verholfen, sondern schon in dem Augenblick, wo die Gewerkschaftsbureaufraute es ablehnte, am 31. Dezember 1928 den Tarif zu kündigen, konnte er triumphieren. Das ist das Ergebnis für die Eisenbahner. Zu den brutalen Handlungen der Ausbeuter gegenüber diesen wichtigen Arbeiterkategorien kommt nun noch die demagogische Art der Gewerkschaftsbureaufraute. Erst warnen sie vor „radikalen Stellen“ und fordern „unbedingte“ Disziplin von der Mitgliedschaft, betrösten diese auf weitere Verhandlungen mit Dorpmüller, lassen durch die Spitzenorganisationen Eingaben machen an die Reichsbahn-Hauptverwaltung und Reichsregierung, und nun sagen sie: „wie lange noch“.

Erkennen die Eisenbahner noch nicht bald, welche freuchastige Spiel von der Gewerkschaftsbureaufraute mit ihrer Existenz getrieben wird? Diejenigen Eisenbahner, die noch bis jetzt des Glaubens waren, der Hauptvorstand würde tatsächlich zum Kampf aufrufen, werden nun wohl von dieser „Mistot“ gekostet sein. Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding befehligt im Auftrage des Unternehmertums der Bureaufraute, die Lohnverhandlungen zu verlagen, und Scheffel folgt gehoriam. Sind denn 250 000 im Einheitsverband organisierte Arbeiter keine Macht? Diese aus dem Betrieb der Reichsbahn herausgezogen, bedeutet den wirklichen Kampf gegen das System Dorpmüller, aber auch gleichzeitig gegen die Koalitionsregierung, und sichert den Eisenbahnproleten den Sieg.

Immer deutlicher kommt jetzt zum Ausdruck, was die revolutionäre Opposition zu Beginn der Eisenbahner-Bewegung bereits festgestellt hat. Alles hat sich gegen die Eisenbahner zusammengesunden. Diese müssen gemeinsam mit den Staatsarbeitern die Situation begreifen und in geschlossener Front ihre Maßnahmen treffen. Die übermäßige, brutale Haltung Dorpmüllers, die nur infolge des kühnen Vorgehens der Gewerkschaftsbureaufraute mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Eisenbahner zum Ausdruck gebracht werden kann, muß von diesen mit dem Streik beantwortet werden.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik: Bruno Goldhammer; für Gewerkschaftliche: Richard Spengler; für Lokales, Feuilleton und Sport: Willa Forster; für den Internatenteil: Richard Buxler; Amtlich in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Penzlag, Dresden.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by Stefanneclag, Kubaftadt

Herr Schapulla lachte hämlich. Die kamen ihm jetzt gerade recht! Sie die Nacht um die Ohren schlagen, womöglich noch die Knochen kaputt schlagen lassen, sich mit seinen Mietern verfeinden? Die Herren vom Wehrostand konnten ihn gern haben. Möchten sie, die den Mund so voll nationaler Phrasen nahmen, selber austreten, was sie einbroden hatten. Er, Martin Schapulla, hielt sich neutral.

Das Erscheinen eines möblierten Herrn gab ihm Gelegenheit, sein Betz auszuschütten. Seine Frau setzte sich hinzu, hielt sie doch die Stunde für günstig, jetzt mit ihren Plänen betreffs des Schapullaschen Stammhalters herauszurücken. Raum aber hatte sie mit ihren Klagen über die geschlossenen Schulen begonnen, als die Tür etwas unanständig aufgerissen wurde und eine Taschenlampe die im Halbdunkel Sitzenden blendete.

„Licht doch die dumme Lampe weg.“ rief Frau Schapulla unwillig, in der Meinung, ihre Gäste seien nach Hause gekommen.

„Jesusmariaundjoseph!“

Im Zimmer standen vier fremde Männer, von denen der eine in seiner Rechten einen blanken Revolver hielt.

„Bleiben Sie ruhig, wir kommen nur wegen der Waffen.“ sagte eine raube Stimme. „Im Namen des Sicherheitsausschusses: Geben Sie sofort das Gewehr „Danzig 4211“ und die fünfzig Patronen heraus, sonst müssen wir Hausdurchsuchung halten. Und machen Sie keine Fiktmatenten, die Ausgänge sind alle besetzt.“

Schapulla starrte die Fremden blank und mit offenem Munde an. Der Führer mochte das als Weigerung auffassen, denn er gab seinen Leuten einen Wink.

„Los denn also, Zimmer für Zimmer nachgesehen, und wo auch kein Einlaß gegeben, die Türen aufbrechen!“

Jetzt bekam Frau Schapulla die Sprache wieder. Was, sie sollte die fremden Kerle in ihrem Hause herumhumpeln lassen, bloß wegen des hässlichen Schießens, das ihnen gar nicht mal gehörte? Wer erlegte ihnen, wenn dabei auch noch andere Sachen fortflamen?

„Warten Sie nur einen Augenblick, meine Herren, ich hole Ihnen gleich das Ding. Und den Browning von meinem Mann können Sie auch gleich mitnehmen. Wir brauchen keine Waffen. Wir sind auch nur arme Leute, uns nimmt keiner nichts weg! — Martin, geh doch nicht so bösig da, hole den Herren ein paar Flaschen „Dortmunder“. Wir haben zwar auch nichts übrig, aber ein paar Flaschen Bier für die Herren vom Ausschuss sind immer noch da! Für das Soziale sind wir schon immer gewesen — bei uns wohnen alles nur soziale Arbeiter!“

Während Frau Schapulla in Begleitung zweier Arbeiter die Waffen holen ging, tranken die anderen ihre Bierflaschen aus. Dabei ließ der Sprecher seinen Revolver nicht aus der Hand, während der andere, in dem Sufrow einen Schmelzer des Stahlwerks erkannte, die rechte Faust drohend in der Taschentasche hielt.

„Kannst ruhig die Hand vom Revolver lassen, hier tut euch feiner was.“ sagte er, ihm auf die Schulter klopfend.

Der Arbeiter zeigte keine blanke Faust: „Das hier sind unsere Waffen; und damit haben wir bis jetzt nebenunddreißig Gewehre, achtzehn Pistolen, drei Revolver, sieben Jagdflinten und eine ganze Menge Seitengewehre und Degen eingekauft. Ja, Wadernann, da haunste! — Hier ist unsere letzte Station, darum kann ich's ja sagen.“

„Alle Wetter! Aber euer Führer hat doch einen Revolver.“ sagte der junge Mann. — Der andere grinste. „Den schenk ich dir — der hat keinen hahn!“

Frau Schapulla schloß hinter den unheimlichen Gästen schnell alle Türen ab. „Gott sei Dank, daß die Schießens aus dem Hause sind. So lange ich lebe, kommt mir so was nicht wieder über die Schwelle.“ sagte sie aufatmend zu ihrem kleinlauten Heldengatten.

Sufrow konnte an diesem Abend keinen Schlaf finden. Zu viele Ereignisse wirbelten in seinem Kopf durcheinander. Auch auf der sonst um diese Zeit stillen Straße herrschte noch ein ungewöhnliches Leben: Schritte, Stimmengemurmel und unverständliche Zurufe. Beunruhigt hielt er sich schließlich wieder an. Auf dem Hausflur hielt er mit Frau Schapulla zusammen.

„Jesjes, sind das Zeiten! Von meinen ganzen Leuten ist noch keiner nach Hause gekommen. Jetzt wollen sie die „Lindenburg“ stürmen und die Verbrecher freilassen.“ jammerte die Wirtin.

Sufrow wurde, als er kaum die Haustür hinter sich zugewandt hatte, von den in losen Gruppen vorbeistromenden Leuten mit fortgerissen. — „Jetzt holen wir unseren Kades heraus, und wenn er hinter zehn Türen liegt.“ hörte er sagen.

Vor dem Gefängnisportal am Ende der Flingerstraße hatten sich die Massen. In der Dunkelheit sah man drohende Häute und Gewehrkläufe. Gebieterische Rufe erschallten, dazu dumpfes Dröhnen an die geschlossenen Torflügel. Plötzlich lautes Jubelgeschrei. Jemand im Dunkel eine Ansprache, deren Sinn der Wind verwehte. Dann draußens Hoch! Hoch! Hoch! — Mehrere Männer wurden im Triumph auf den Schultern davongetragen. Jacob Weiring, der beliebte Führer der Bergarbeiter-Union, hatte die Freiheit zurück. — — —

10. Kapitel

Ein vollendeter Generalstreik — wenn nicht nur alle Betriebs- und Verkehrsmittel ruhen, sondern auch keine Zeitung erscheint, die Post ausbleibt, Theater und große Geschäfte geschlossen bleiben, Licht- und Wasserzufuhr abgestellt werden — verändert schon rein äußerlich das Gesicht einer Stadt. Wieweil mehr aber erst im Industriegebiet, wo sonst die Erde Tag und Nacht vom Pulsschlag der Werke vibriert, wo es in den Wäldern ständig knistert und knackt von der Arbeit der vielen tausend unterirdischen Maulwürfe, die ihre Gänge kreuz und quer unter der Erde wühlen.

Die Swertruper Schlothe hatten ihr Rauchspeien eingestellt, und Sturm und Regen der Nacht hatten ein übriges zur Luftreinigung getan, so daß ein strahlend heller Frühlingmorgen dem ersten Tag nach dem Kapp-Butsch folgte.

Es war ein Sonntag, und wie gewöhnlich dimmelten seit früh sechs Uhr die Gloden. Die Stellvertreter Gottes waren die einzigen, die den Generalstreik ignorierten. Aber die Mehrzahl der sonstigen Kirchenbesucher zog es heute in die Streiklokale, zum Volkshaus und auf die Straßen der inneren Stadt; wo neue Nachrichten vom Stand der Bewegung zu erwarten waren. Während die Hausfrauen, die sonst einen ewigen Kleinkrieg mit den Kuchfloden kämpften, schnell frühe Gardinen an die Fenster hängten, trafen sich die Männer mit Kollegen- und Bekannten.

Nach der rigorosen Ueberstundenkäufererei war die Ruhe des Generalstreiks etwas unerwartet über die Kumpels gekommen. Das Stummelpfeifen im Munde, die Hände tief in den Hosentaschen vergraben, sah man die geschwärtzten mustafüßen Gestalten überall umherbummeln. Frühlich blinzelten die der Tageshelle ungewöhnten Augen einander an.

„Tag, Jupp — na?“ — „Tag, Florian — na?“

Die in den engen Stollen zusammengedrängten Körper rosten sich kreuz und quer, und die lotholtenberfüllten Lungen legten tief die würgige Frühlingluft ein.

**Küchen
Chaiselongues
Einzelmöbel**
kauft man bei
Möbel-Schneiert
Dresden-A., Grunert Str. 18
und Bannwitz

Noack

Frieseugasse 3 — Kesselsdorfer Straße 44
Obergraben 13

Großes Konservenvonderangebot

von prima Komerven circa 30.000 Stk.

Stück	Preis	Stück	Preis
1. Klasse	0,45	1. Klasse	0,45
2. Klasse	0,40	2. Klasse	0,40
3. Klasse	0,35	3. Klasse	0,35
4. Klasse	0,30	4. Klasse	0,30
5. Klasse	0,25	5. Klasse	0,25
6. Klasse	0,20	6. Klasse	0,20
7. Klasse	0,15	7. Klasse	0,15
8. Klasse	0,10	8. Klasse	0,10
9. Klasse	0,05	9. Klasse	0,05
10. Klasse	0,00	10. Klasse	0,00

Kanarienvogel, Marmeladen und Pralinenmus

Seitrodneie Stühle

Kaffee-Spezialmischung

Hutblumen

Kohlen, Briketts, Holz, Fuhrn aller Art

Zeitungsausträger für Striesen gesucht

Blumen-Garten-Feld-Samen

Düngemittel Schutzmittel Haubwald

Alle Lebensmittel billig

Wilt. Baege Pirna

OLYMPIA-LICHTSPIELE

COPITZ

Freitag, den 19. bis mit Sonntag, den 21. April
E-staafführung Pirna-Copitz:
Polnische Wirtschaft
nach der weltbekannten Operette von Jean Gilbert. Ein lustiges Durch-
wandler im Liebes- und Pöbelleben. Irrungen und Wirrungen junger un-
ster verliebter Leute, mit Heude, Billi, Ardo, Wauja / Dazu
Der Schrecken von London
Kriminalfilm mit Ivar Novello. Die Geschichte einer Verfolgung im
Londoner Nebel.
Sonntag (15 Uhr) große Kinder-Vorstellung

Achtung!

Am Freitag, dem 19. April 1929 veran-
staltet der Rote Frontkämpfer-Bund
Groß-Dresden im Faun-Palast einen

Unterhaltungsabend

verbunden mit Schmelzenkonzert der
4. Abteilung / Anschließend Tanz / Zahl-
reiche Beilegung erwartet • Roter
Frontkämpfer-Bund Groß-Dresden



Wir müssen in diesem Jahre unbedingt unseren
Umsatz steigern
Deshalb werden wir von jetzt ab regelmäßig in der
Arbeiterstimme inserieren

Und jedes Jahr im Lenz

Neue Modelle
Neue Farben
Neue Preise
Schuh-Oestreich, Dresden
Jahnstraße 5. am Wettiner-Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse, am Allmarkt
Königsbrücker Straße 3b, am Albertplatz

**WEHRPROGRAMM
KRIEGSPROGRAMM**

DIE MASSESCHÜRE DER KPD
ZUM WEHRPROBLEM / 40 S. / 20PF.



Sparsam und doch gut kochen

Ist die Aufgabe. — Wozu teure Butter,
wenn das gleiche mit „Blauband, frisch
gekürrt“ zu erreichen ist? Sie ist nahr-
haft, ergiebig und appetitlich und kostet
nur den halben Preis. Errechnen Sie
sich selbst, wieviel Sie im Laufe eines
Jahres sparen können.



Das Christentum in Theorie und Praxis
Über dieses Thema spricht am Freitag,
dem 19. April 1929, 19.30 Uhr
Prof. Dr. Hartwig, Wien
im Volkshaus Pirna / Eintritt frei
Verband für Friedenkertum
und Feuerbestattung, EV, Berlin
Ortsgruppe Pirna und Copitz

Schuhbesohlung
Herren 4,00 Mark, Damen 3,00 Mark, nur bei
Großschuhreparatur Ago
Pirna, Waisenhausstraße Nr. 14

**Auto-Fahrschule
Bieberstein**
Pirna: Dohnascher Platz 8
Pirna-Copitz: Bährs Hotel

Frinds Opelräder
für Herren **98.50 RM.**
für Damen **105.50 RM.**
Pirna, Breite Straße 12

Tabakwaren
sowie Rauchwaren finden man
in großer Auswahl im Spezial-
Geschäft **O. KOHLER, PIRNA**
Niedere Burgstraße
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Alle
Lebensmittel
äußerst billig!
Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pflanzstr. 11

Das Fahrgeld nach Dresden
können Sie sich sparen!
Neu! und sehr preiswert:
Lederjacken / Anzüge / Mäntel / Sport-
Bekleidung / ff. Wäsche / Gardinen
Rich. Rußig, Pirna
Breustraße 11 — Telefon 562

Sämtliche altbekannten
Biere
boten frei Haus und
Kantine
Kurt Noack
PIRNA
Dohnascher Platz

Rubberbesohlung
auch auf gewöhnliche Schuhe
Schuhmacherei Erler,
Pirna, Obere Burgstraße 10

**Pa. Mako-
wäsche**

Wie neu
wird Ihr Anzug, wenn
Sie denselben zur
Reparatur und zum
Ausbügeln nach der
„Wiener“
Schreibergasse 21
bringen!
Telefon Nr. 11755

ANZEIGEN
haben den denkbar
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

**ff. Fleisch- und
Wurstwaren**
empf. d. Arbeiterschaft
Paul Seifert
Niederstraße 44

R.A. Schramm, Pirna
Breite Straße (gegenüber dem Friedhof)

Ämtliche Bekanntmachungen

Wahlertienauslegung vom 21. bis mit 28. April 1929
Die Wahlertien in Kartenform für die Landtagwahl am
12. Mai 1929 liegt
vom 21. bis einschließlich 28. April 1929
an den Wochentagen von 8 Uhr bis 20 Uhr und an den beiden
Sonntagen von 9 Uhr bis 17 Uhr für jedermann zur Einsicht
öffentlich im Rathaus, Meldeamt — Eingang von der Wil-
helmstraße — (Vollzeitsache) aus.
Einsprüche gegen die Wahlertien können bis 28. April dieses
Jahres im Meldeamt angebracht werden. Soweit Einsprüche
nicht sofort für begründet zu erachten sind, werden sie spätestens
bis zum 10. Mai dieses Jahres erledigt.
Niederfelditz, am 17. April 1929.
Der Gemeinderat.

Leibinden v. 375 an
Hüttformer von 1.90 an
Brushalter von 0.75 an
sämtl. hyg. Frauenart. wie Spülkann., Spülapparat usw.
Grete Wemme, Pirna, Barbiergasse 18

Rest. Jagdschloß Rumburg
Täglich Konzert und Tanz
Königsbrücker Straße 17

Bei größter Auswahl und billigsten
Preisen erhalten Sie stets
das Neueste
für Damen, Herren und Kinder
im Bekleidungshaus
O. Julius Röthig
Neugersdorf

Ritschels
Strumpf-Spezial-Geschäft
Pirna, Lange Str. 16

**Alle Farben
in Oel und Kalk**
auch streichfertig
Pinsel, Schablonen
besonders preiswert
im
Drogen- u. Farbenhaus
Paul Sachse
Pirna
gegenüber dem Pinner Amt.

Freibank, Freitag den 19. April 1929 ab 7 Uhr vormittags
findet Verkauf von rohem Rindfleisch auf der Freibank im
Stadtwald Köpffappel, Hof des früheren
Rathauses, statt.
Preis pro Pfund 40 Pfennig.
Freitag, den 18. April 1929.
Mit der Stadt Freibank.